Zerstört Japan unsere Arbeitsplätze? Seite 10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 32 vom 8. August 1980 14. Jahrgang 1 DM

RUB Bochum
Inst. z. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew.
SZD 3426

**In Kopenhagen** ging am Donnerstag vergangener Woche die zweite Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, an der rund 1300 Vertreter aus 152 Ländern teilnahmen, zu Ende. Die Konferenz verabschiedete mit überwältigender Mehrheit ein Aktionsprogramm, das die Forderung enthält, Zionismus, Kolonialismus und Rassismus zu eliminieren. Die Vertreter der Bundesrepublik allerdings enthielten sich der Stimme; gegen das Programm stimmten die USA, Kanada, Australien und Israel; es zeigte sich wieder die zunehmende Isolation Israels, Südafrikas und der USA in der Welt. — Die Konferenz wurde überschattet von den Ereignissen in Bolivien. Angeführt von der bolivianischen Bergarbeiterfrau Domitilia Barrios de Chungara, deren Mann von der Militärjunta Boliviens ermordet worden ist, protestierten Tausende von Frauen vor dem Tagungsgebäude der UNO-Frauenkonferenz in Kopenhagen gegen den Militärputsch.

### Ungewollte Enthüllungen über die „Bremer Krawalle"

# Bonner Geheimdienste an Provokationen beteiligt

### MAD schürte Ausschreitungen vor dem Weserstadion

**BONN.— 15 000 Bremer demonstrierten am 6. Mai gegen ein militaristisches NATO-Spektakel im Weserstadtion. Am Rande dieser großen Friedensdemonstration kam es zu anarchistischen Provokationen, in deren Verlauf unter anderem Bundeswehrsoldaten mit Molotow-Cocktails angegriffen wurden.**

Seit dem Mai tagen in Bremen und Bonn parlamentarische Untersuchungsausschüsse, die vor allem das Ziel haben, diese Provokationen den antimilitaristischen Demonstranten in die Schuhe zu schieben und solchermaßen Stimmung für den weiteren Abbau demokratischer Rechte zu machen. Die Sitzungen der Ausschüsse, die sich vorwiegend auf Material der Geheimdienste MAD (Militärischer Abschirmdienst) und Verfassungsschutz stützen, offenbarten ein erschreckendes Ausmaß der Bespitzelung, die von diesen Diensten gegenüber linken Organisationen bis hin zu den Jusos betrieben wurde. Sie offenbarten jedoch noch weit mehr.

In der vergangenen Woche verplapperte sich vor dem Bonner Ausschuß ein Offizier des MAD. Er berichtete von einem Soldaten aus Schwanewede, Mitglied des KBW, der ein vom Führungsoffizier in Hannover geleiteter MAD-Agent wäre. Dieser Agent ist bei Aktionsverhandlungen im Vorfeld der Friedensdemonstration als Beauftragter des KBW aufgetreten. Wie inzwischen bekannt wurde, war auch der bei diesen Verhandlungen anwesende „Juso" ein Agent — allerdings vom



Steckbrief mit geschwärzten Gesichtern.

Verfassungsschutz. Über den MAD-Mann schreibt der „Spiegel" in seiner Ausgabe vom Montag: „Wann immer sich Gelegenheit bot, forderte er in Jugendzirkeln Gewaltaktionen gegen das Bundeswehr-Spektakel."

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages und alle Bonner Parteien haben inzwischen eine faktische Nachrichtensperre verhängt. Unter Berufung auf den „Quellenschutz" der Geheimdienste soll eine Aufklärung über die Verwicklung von MAD und Verfassungsschutz in die Provokationen vom 6. Mai verhindert werden. Es kann aber kaum mehr vertuscht werden, daß die Bonner Geheimdienste an der Vorbereitung der blutigen Provokationen beteiligt waren. Daß ihre Agenten auch vor dem Weserstadion selbst aktiv wurden, dafür spricht unter anderem das hier ausschnittweise abgedruckte Fahndungsplakat der Bremer Kriminalpolizei. Die Gesichter einiger Provokateure sind durch schwarze Balken unkenntlich gemacht. Und warum sollte die Polizei ein Interesse daran haben, deren Identität zu verschleiern, wenn es sich nicht um Terroristen in Staatsdiensten handelte? (Siehe auch Kommentar auf S. 2 und Artikel auf S. 7.)

### Das IV. Internationale Jugendlager ist zu Ende

# Ein unvergeßliches Erlebnis

### Große Anteilnahme der Bevölkerung

**THIERGARTEN.— Mit der Abschlußveranstaltung am Abend des 2. August ging das IV. Internationale Jugendlager in Thiergarten (Hunsrück) zu Ende. 14 Tage lang trafen sich Jugendliche aus mehr als 25 Ländern zu einer großartigen Demonstration der internationalen Solidarität.**

Mehrfach hatten die Behörden versucht, das IV. Internationale Jugendlager zu verhindern. Jedoch konnten weder polizeiliche Verfügungen noch ein Ultimatum zur Räumung des Zeltplatzes die Zusammenkunft der Jugendlichen aus aller Welt gefährden. Die Idee der Völkerfreundschaft und der internationalen Solidarität erwies sich zusammen mit der großen Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung, stärker als alle kleinkarierte, reaktionäre Behördenwillkür.

Das IV. Internationale Jugendlager war Ausdruck des gemeinsamen Kampfes der Weltjugend für ihre Rechte, gegen Jugendarbeitslosigkeit, gegen Reaktion und Faschismus und gegen die wachsende Kriegsgefahr. Die letzte Großveranstaltung fand am Mittwoch, den 30. Juli statt, und richtete sich gegen den imperialistischen Krieg. Der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD, hielt dazu eine Rede.

**Unter den zahlreichen ausländischen Delegationen befand sich auch eine Abordnung des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens;** ein Interview mit der albanischen Delegationsleiterin und einen weiteren Bericht finden Sie auf Seite 9.

## Diese Woche



### Südafrika:

# Über 1 200 Streikende deportiert

### Kämpfe gegen Rassistenregime

**JOHANNESBURG.— Mit brutaler Gewalt hat das rassistische Regime in Südafrika nach achttägiger Streikdauer einen Arbeitskampf der 10 000 schwarzen städtischen Angestellten von Johannesburg gebrochen. Mit vorgehaltenen Gewehren schleppte die Polizei mehr als 1 200 Streikende in bereitstehende Busse.**

Sie wurden in die Transkei und nach Venda deportiert. Dabei handelt es sich um sogenannte „Homelands", das sind Reservate für die Schwarzen in Südafrika, die formell unabhängig sind, in Wahrheit aber unter Kontrolle der Rassisten stehen. Die übrigen Streikenden von Johannesburg wurden — ebenfalls mit Waffengewalt — zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen. Joseph Mavi, der Führer der schwarzen Angestelltengewerkschaft, die den Streik organisiert hatte, war bereits Ende letzter Woche festgenommen worden.

Mit solchen Terrormethoden reagiert das Regime auf das Anwachsen der Kämpfe des Volkes von Azania. In den vergangenen Monaten hatte eine große Streikwelle den VW-Konzern und andere Betriebe in der Kap-Region erfaßt. In Kapstadt war es zu Straßenschlachten zwischen schwarzen Werktätigen und der Polizei gekommen. Die Jugendlichen kämpfen seit Monaten mit Demonstrationen und Boykotts gegen die rassistische Schulpolitik. Daneben verstärken die azanischen Patrioten auch ihre bewaffneten Aktionen gegen das Regime.

### Bologna: Faschisten ermorden 80 Menschen

# Generalstreik gegen faschistischen Terror

**BOLOGNA.— Mit einem kurzfristischen Generalstreik und Massendemonstrationen reagierten die italienischen Werktätigen auf das bislang blutigste Massaker der Faschisten in der Nachkriegsgeschichte des Landes. 80 Menschen waren im Bahnhof von Bologna durch ein Bombenattentat ermordet worden.**

Von den 160 Verletzten, die lebend aus den Trümmern geborgen wurden, schweben viele noch in Lebensgefahr. Schon am Wochenende entdeckte die Polizei einen Explosionskrater im Wartesaal 2. Klasse, der einen Bombenanschlag zur Gewißheit machte. Inzwischen meldete sich die faschistische Bande NAR als Verantwortliche für das Blutbad und erklärte, damit solle Mario Tuti „Ehre erweisen" werden. Gegen den Faschisten Tuti ist am Tage des Attentats Anklage wegen der Beteiligung an dem Anschlag auf den Schnellzug „Italicus" erhoben worden, bei dem vor sechs Jahren 12 Reisende den Tod fanden.

In Italien werden jetzt Parallelen zwischen dem Massaker von Bologna und dem Bombenattentat vom 12. Dezember 1969 in der Mailänder Landwirtschaftsbank gezogen (damals wurden 16 Menschen ermordet). Die Schuld an diesem Anschlag war jahrelang den Linken in die Schuhe geschoben worden. Später stellte sich jedoch heraus, daß die faschistischen Mörder Verbindungen bis in die Zentralen der Armee, der Polizei und der Geheimdienste geknüpft hatten und der Anschlag Teil einer breit angelegten Verschwörung zum Sturz der Regierung und zur Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur war.



Freiwillige Helfer suchen in den Trümmern nach Opfern.

## Kommentar

Was man ein Vierteljahr lang nur vermuten konnte — jetzt ist es zur Gewißheit geworden: Bei den „Bremer Krawallen" vom 6. Mai hatten die Geheimdienste des Bonner Staates ihre Hand mit im Spiel.

Seltsame Ungereimtheiten hatte es schon lange gegeben. Da konnten etwa Demonstranten am 6. Mai selbst beobachten, daß Provokateure einen Bundeswehrbus umwarfen und anzündeten, während bekannte Verfassungsschutz-Agenten und auch Polizisten ungerührt danebenstanden. Da weigerte sich später die Bremer Staatsanwaltschaft, Journalisten Einsicht in Polizeifilme über die Ausschreitungen zu geben. Und schließlich verbreitete die Polizei in der Hansestadt Steckbrieffotos von den Krawallen, die äußerst merkwürdige Eigenschaften aufwiesen. Einige der darauf abgebildeten Personen nämlich waren durch schwarze Balken unkenntlich gemacht. An Ermittlungen über die Identität dieser Personen — so die Polizeiführung — bestünde kein Interesse.

## Geheimdienst-Terroristen

Und nun ist also durch eine Panne in der Bonner Regie die Tatsache an die Öffentlichkeit gedrungen, daß Agenten des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes in der Maske von „Jusos" und „KBWlern" zum Sturm auf das Weserstadion geblasen haben. Es war eine Panne, und gegenwärtig sind alle Beteiligten fieberhaft bemüht, die Spuren der Geheimdienste wieder zu verwischen und die stückchenweise ans Licht getretene Wahrheit über deren terroristische Aktivitäten unter einen Wust von Dementis zu verdecken.

Es ist natürlich sehr fraglich, ob jemals die ganze Wahrheit über die Verwicklung der Geheimdienste in die „Bremer Krawalle" aufgedeckt wird. Die Bonner Parteien haben hier ganz offen eine große Koalition der Verschwiegenheit gebildet. Über Einzelheiten wird nicht einmal der Bundestag informiert, ja selbst den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses wird die Auskunft verweigert. Was nebenbei ein bezeichnendes Bild auf die wirklichen Machtbefugnisse des Bonner Parlaments wirft. Und so wird sich nie mit letzter Gewißheit feststellen lassen, wer von denen, die in Bremen ihre Molotow-Cocktails in voll besetzte Wagen der Bundeswehr warfen, anarchistischer Provokateur, wer ein MAD- oder ein Verfassungsschutz-Provokateur war.

Eines aber ist dennoch gewiß: Ein Einzelfall war Bremen nicht, und es wird auch nicht der letzte Fall dieser Art bleiben. Durch die westdeutsche Terrorszene zieht sich eine blutige Spur der Geheimdienste. Als Ende der sechziger Jahre die Westberlinger Anarchokreise noch Spaß an harmlosen Happenings fanden, besorgte der agent provocateur Urbach die erste Bombe. Und als sich später die RAF formierte, waren es wieder die Bonner Geheimdienste, die die ersten Waffen lieferten. Vor einigen Jahren wurde der Exterrorist Ulrich Schmücker erschossen — ein sogenannter Fememord einer terroristischen Gruppe an einem „abtrünnigen Genossen." Einer der Mörder stand auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes.

Sicher sind diese — mehr oder weniger zufällig bekanntgewordenen — Aktivitäten der Geheimdienste nur die Spitze des Eisbergs. Sie bestätigen jedoch, was unsere Partei immer wieder betont hat: Bonn braucht den Terror. Und wenn die „richtigen" Terroristen keinen machen, dann hilft man eben selbst nach. Wofür hat man denn seine Geheimdienste? Bonn braucht den Terror. Wofür — das kann man unschwer erkennen, wenn man die seit drei Monaten unter Berufung auf die „Bremer Krawalle" vorgetragene Kampagne gegen die demokratischen Rechte verfolgt (siehe auch S. 7 in diesem RM). Das läuft wieder einmal nach der gleichen Masche ab, wie im Herbst 1977 nach der Schleyer-Entführung. Damals waren es die „Sympathisanten", heute ist es die „Volksfront", die zur terroristischen Vereinigung gemacht werden soll. Damals wie heute wurde der „schlaffe Staat" bejammert und nach der Einschränkung der demokratischen Rechte geschrieen.

Bonn braucht den Terror, um die weitere Faschisierung propagandistisch abzusichern, um mit dem Hinweis auf die „Terroristenbekämpfung" den staatlichen Gewaltapparat auszubauen und sich für einen kommenden Bürgerkrieg zu rüsten. Zu diesem Zweck werden auch die Geheimdienste aktiv. Wenn jetzt in Bremen durch eine Panne der Schleier, der gemeinhin über ihrer Tätigkeit liegt, ein Stück gelüftet wurde, so ist das, was darunter hervorsieht nichts anderes als das terroristische Gesicht dieses kapitalistischen Staates.

Detlef Schneider

# Schluß mit der Hilfe aus Bonn für das faschistische Mordregime!

### Delegation der bolivianischen Bergarbeiter in der BRD

**BONN.— Nach wie vor weigert sich die Bundesregierung, gegenüber dem mörderischen Regime der faschistischen Putschgenerale in Bolivien eine konsequente Haltung einzunehmen. Weder hat Bonn die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, noch hat es seine Entwicklungshilfe für Bolivien eingestellt.**

Zwar hat Bundesaußenminister Genscher seinen Botschafter Johannes von Vacano aus La Paz zurückbeordert, um sich über die Lage in Bolivien unterrichten zu lassen. Aber die Botschaft wurde nicht geschlossen. Die Amtsgeschäfte werden einstweilen von einem Botschafter weitergeführt.

Ebenso weigert sich Bonn, seine umfangreiche Wirtschaftshilfe für Bolivien einzustellen. Offiziell werden allein für den Zeitraum 1979 und 1980 76 Millionen Mark an Kapital- und Entwicklungshilfe aus Bonn geleistet. Entwicklungsminister Offergeld (SPD) versprach lediglich, die Regierung werde „in dieser Situation keine neuen Projekte beschließen".

Die Weiterführung der wirtschaftlichen Zuwendungen an Bolivien ebenso wie die Weigerung, alle politischen Beziehungen zu den faschistischen Machthabern abzubrechen, rechtfertigen die Bonner Minister mit dem heuchlerischen Argument, diese Haltung habe „humanitäre" Gründe. Ein konsequenter Boykott des Regimes würde nur die „schon genug gestrafte" Bevölkerung treffen.

In Wahrheit aber ist gerade eine konsequente politische und wirtschaftliche Isolierung des Putschregimes auf internationaler Ebene notwendig, um den Widerstand des Volkes zu unterstützen und dem blutigen Wüten der faschistischen Mordbanden nach Möglichkeit Einhalt zu gebieten. Der Generalkonsul Boliviens in der Bundesrepublik, Emilio Sanchez, hat deshalb von Bonn den Abbruch der Beziehungen zu Bolivien gefordert. Sanchez appellierte an unser Volk, diese Forderung gegenüber der Bundesregierung zu vertreten.

Wenn Bonn die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Bolivien tatsächlich, wie vorgegeben, aus humanitären Gründen aufrecht erhält, warum verlangt man dann nicht die Auslieferung des früheren Gestapo-Chefs im besetzten Lyon, Klaus Barbie, der unter dem Decknamen Klaus Altmann in La Paz lebt und jetzt dem Regime als Folter- und Mordspezialist dient? Das „nationale bolivianische Komitee für die Verteidigung der Demokratie" erklärte zu dem Wirken von Barbie: „Gestern war das französische Volk Opfer des Henkers von Lyon, heute ist es das bolivianische Volk". Die Bundesregierung tut jedoch so, als ginge sie das nichts an.

Die Haltung der Bundesregierung wird allerdings dadurch beleuchtet, daß sie enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu dem faschistischen Argentinien unterhält. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß die Machthaber Argentiniens maßgeblich bei dem faschistischen Putsch in Bolivien mitgemischt haben und daß die Putschisten in engen Beziehungen zu Argentinien stehen.

Der Kampf des bolivianischen Volkes ist nicht gebrochen. Die Minenarbeiter werden vor den faschistischen Militärs nicht kapitulieren. Wir sollten unsere Solidarität nach dem Beispiel des Allgemeinen Arbeiterverbandes von Peru üben, der einen Handelsboykott gegen Bolivien organisiert. Zur Zeit weilt eine Delegation der Gewerkschaft der Minenarbeiter Boliviens COB in der Bundesrepublik. Das muß uns Anlaß sein, die Solidarität mit dem Volk Boliviens in Betrieb und Gewerkschaft aktiv zu organisieren.

### Kölner Ausländeramt mauert

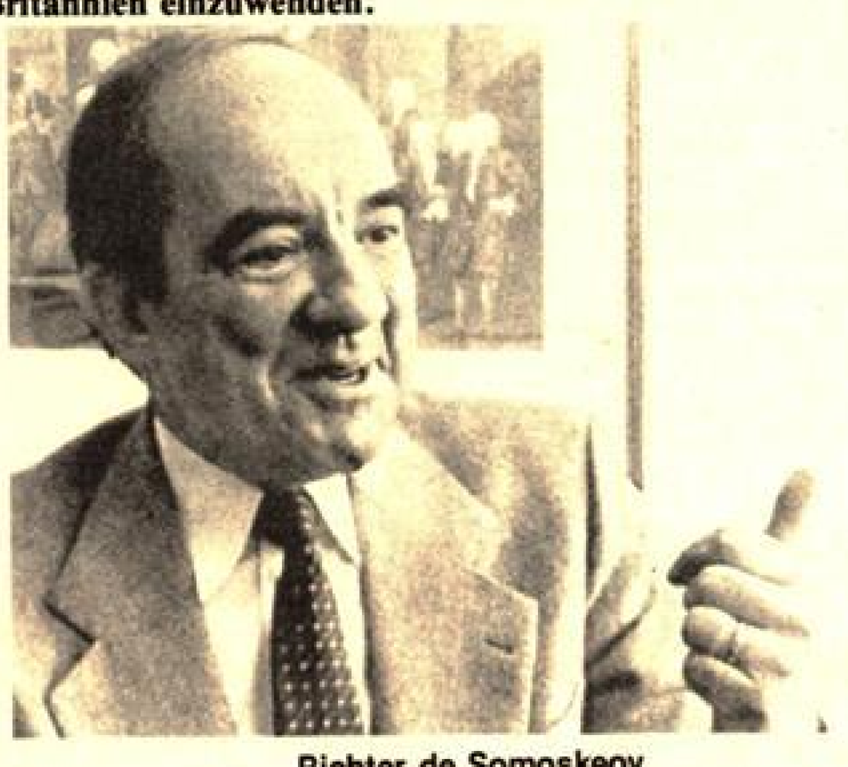
# Paul Pittam soll 2 1/2 Monate inhaftiert bleiben

### Hirnverletzter Richter sprach vor fünf Jahren das Urteil

**RECKLINGHAUSEN.— Wie der „Rote Morgen" von der Bielefelder RHD erfuhr, besteht das Kölner Ausländeramt darauf, daß der britische Antifaschist Paul Pittam die Hälfte einer vor fünf Jahren gegen ihn verhängten Haftstrafe in Recklinghausen absitzen soll, obwohl die zuständigen Staatsanwaltschaft bereits signalisiert hatte, sie hätte nichts gegen eine Ausweisung nach Britannien einzuwenden.**

Paul Pittam war 1975 vom berüchtigten Richter Somoskeoy zu fünf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Damals hatte man ihm vorgeworfen, daß er zusammen mit anderen Antifaschisten an einer Protestaktion gegen die provokatorischen Aktivitäten der Nazis in der Kölner Innenstadt vorgegangen ist. Es kam jedoch nicht zu einer Vollstreckung des skandalösen Urteils; Paul Pittam wurde nach Britannien ausgewiesen.

Allein die Tatsache, daß das Kölner Ausländeramt heute nach fünf Jahren auf der nachträglichen Vollstreckung der Gefängnisstrafe besteht, ist nicht nur ein zynischer ausländerfeindlicher Akt, sondern zeigt klar und deutlich, welche Haltung die Kölner Behörden gegenüber aufrechten Demokraten und Antifaschisten einnehmen.



Richter de Somoskeoy

Eine besondere Dimension bekommt der Fall jedoch, wenn man bedenkt, welche Informationen über jenen Richter, der vor fünf Jahren die Gefängnisstrafe verhängt hatte, jetzt an die Öffentlichkeit gedrungen sind.

Bereits 1952 hatte das Kölner Versorgungsamt festgestellt, daß Richter Somoskeoy, der „Richter von internationalem Verruf", zu 60 Prozent erwerbsgemindert ist durch Kriegsschäden. Unter anderem wurde festgestellt: „Hirnleistungsschwäche, Sehstörung und Kopfschmerzbereitschaft infolge Hirngefäßkrampfes nach Hirnverletzung..."

An dieser Stelle muß auf einen dreifachen Skandal hingewiesen werden. Obwohl das zitierte Gutachten seit Jahrzehnten bei den verantwortlichen Stellen bekannt ist, befindet sich Somoskeoy immer noch im Dienst. Niemand denkt daran, sämtliche Urteile, die dieser Richter bislang gefällt hat, auf der Stelle aufzuheben. Im Fall Pittam wird sogar noch ein fünf Jahre zurückliegendes Urteil vollstreckt, obwohl schon damals verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (z.B. Heinrich Böll im „stern") gegen das Urteil protestiert hatten.

Offenbar ist den herrschenden Kreisen unseres Landes ein hirnverletzter Richter noch tragbar, wenn seine Urteile im gewünschten Maße reaktionär ausfallen. Was wäre wohl mit ihm geschehen, hätte er das eine oder andere Urteil gerecht gefällt? Er wäre sicherlich mit Hinweis auf seinen Geisteszustand aus dem Amt gejagt worden.

Die Rote Hilfe Deutschlands ruft alle Demokraten und Antifaschisten auf, sich energisch für die sofortige Freilassung von Paul Pittam einzusetzen. Protestiert erneut bei der Kölner Ausländerbehörde (0211/17711)! Schreibt dem Genossen Paul Pittam (JVA Recklinghausen, Limperstr. 32, 4350 Recklinghausen, Tel: 02361/29006)!

**Spendet unter dem Stichwort „Pittam" auf das Konto der RHD zur Begleichung der Anwaltskosten (PSchA Dortmund, Nr. 191100 — 462). RHD, Postfach 215, 4600 Dortmund 1, Tel: 0234/864427).**

## Ermittlungen gegen Rheinmetall

**DÜSSELDORF.— Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft hat gegen die Rüstungsfirma Rheinmetall GmbH wegen des Verdachts auf illegale Waffenlieferungen Ermittlungen aufgenommen.**

Gegenwärtig sind alle Waffenlieferungen in NATO-Staaten genehmigungspflichtig, solche in sogenannte Spannungs- und Krisengebiete unzulässig. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich die westdeutsche Rüstungsindustrie nie an Bestimmungen dieser Art gehalten hat und insbesondere reaktionäre und faschistische Regimes beliefert hat, über entsprechende Mittelsmänner.

Rheinmetall wird vorgeworfen, über Spanien Waffen in den Nahen Osten, nach Südafrika und nach Lateinamerika geliefert zu haben. Der Rüstungsbetrieb produziert Maschinengewehre, Kanonen, Flugabwehrgeschütze, Panzerkanonen und -türme sowie Artilleriegeschütze und Munition.

In den Kreisen der Bundestagskandidaten der CDU/CSU gibt es starke Bestrebungen, alle Rüstungsexportbeschränkungen ersatzlos zu streichen. Rheinmetall scheint bereits heute in aller Offenheit diesen Weg gegangen zu sein.

## Attentat auf Asylsuchende

**ZIRNDORF.— In der Nacht zum Mittwoch (30. Juli) detonierte auf dem Gelände des Bundessammellagers für Asylsuchende in Zirndorf eine Bombe. Personen kamen nicht zu Schaden.**

Ersten Polizeiberichten zu Folge gibt es weder Hinweise auf Motiv noch Täter. Es kann jedoch als sicher gelten, daß durch die skandalöse Diskussion über eine angebliche „Asylantenschwemme", die vor allem von Seiten der CDU/CSU, aber auch von dem hessischen Ministerpräsidenten Börner (SPD) mit rassistischen Untertönen geführt wurde, rassistische und faschistische Elemente sich gestärkt fühlen, gewaltsam gegen politische Flüchtlinge vorzugehen. Nicht umsonst hat „amnestiy international" die verantwortlichen Politiker davor gewarnt, Ausländerhaß zu erzeugen.

## Kurzarbeit bei Porsche

**STUTTGART.—** Bei der Porsche AG wird es im September und Oktober Kurzarbeit geben. Begründet wird diese Maßnahme bei den exportorientierten Porsche-Werken mit Hinweisen auf ein „allgemeine Marktschwäche" in den USA.

## Verhandlungen mit China

**WOLFSBURG.—** Der Vorstandsvorsitzende von VW, Toni Schmücker, hat bestätigt, daß das Volkswagenwerk gegenwärtig Verhandlungen mit der Volksrepublik China über die Errichtung von VW-Produktionsstätten führt.

## Zitat der Woche

*„Wie konnte es nur dazu kommen, daß Strauß — dieser charakterlich doch ohne Zweifel tolerante, gutmütige, zurückhaltende und faire Mann — bei dieser Minderheit zur Symbolfigur des Bösen wurde?* (zitiert aus „Löwe & Raute, ein bayerisches Magazin")

**Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

### Bäuerliche Landwirtschaft steht vor hohen Verlusten

# „Nach den Wahlen kommt das Zahlen!"

*von Gerd Coldewey, Bundestagskandidat der VOLKSFRONT*

**Der Dauerregen der letzten Wochen hat der bäuerlichen Landwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Die Ernteerträge und damit das bäuerliche Einkommen werden spürbar zurückgehen. Wir haben den Verleger der Zeitung „Freies Landvolk", Gerd Coldewey, gebeten, für den „Roten Morgen" zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Gerd Coldewey ist auf dem Land groß geworden und kennt die landwirtschaftliche Tätigkeit aus eigener Erfahrung. Er ist außerdem Bundestagskandidat der VOLKSFRONT im Weser-Ems-Gebiet.**



Gerd Coldewey

Über 30 Tage hielt praktisch ein Dauerregen bei uns an, der den Bauern große Schäden zugefügt hat. Die Grünlandbauern befanden sich gerade beim ersten Schnitt der Heuernte, als der Regen mit bis zu 46 Millimeter Niederschlag herunterprasselte. **Nach Schätzungen sind dabei über 50 Prozent der ersten Heuernte vernichtet worden.** Diese Verluste sind beim zweiten Schnitt nicht mehr auszugleichen, und so wird das Winterfutter knapp. Die Preise für Rauhfutter sind für diese Jahreszeit denn auch schon ungewöhnlich gestiegen. Mit teurerem Zukauffutter müssen die Grünlandbauern ihren Viehbestand durch den Winter bringen **und dies dürfte sich in hohen Einkommensverlusten niederschlagen.**

Doch auch die Getreidebauern müssen mit einer sehr viel geringeren Ernte rechnen. Im Monat Mai war in vielen Teilen Deutschlands eine ungewöhnliche Dürre zu verzeichnen und vor allem das Sommergetreide lief dadurch nur spärlich auf. Der nachfolgende starke Regen hat diese lichten Bestände auf den Boden gedrückt und dadurch wird der Reifeprozeß behindert. Es kommt zum Auswachsen der Getreidekörner und es bilden sich Schrumpfkörner minderer Qualität.

Da in den USA eine ungewöhnliche Dürre herrscht, wird sich dieses fehlende Angebot auch auf den Märkten bemerkbar machen, denn für über 20 Prozent unserer Versorgung wird amerikanisches Getreide eingesetzt. Durch die zu erwartenden hohen Preise werden besonders die Veredlungsbetriebe der Landwirtschaft enorme Einkommensverluste zu verzeichnen haben.



Aufgrund des langanhaltenden Regenwetters verfault das Gemüse.

Dies ganze spielt sich vor dem Hintergrund stagnierender Erzeugerpreise ab, denn die 5-prozentige Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise durch die EG haben nicht einmal die offiziellen Inflationsraten decken können. Die Betriebsmittel in der Landwirtschaft sind im vergangenen Jahr sogar um über 10 Prozent gestiegen.

„Nach den Wahlen kommt das Zahlen", dieser Spruch wird für die westdeutschen Bauern schon jetzt Realität. Die Steuerschraube für die Bauern wurde angezogen, ihnen stehen „Superabgaben" für die erzeugte Milch ins Haus und selbst ein „Weinpfennig" droht, folgt die EG einem Vorschlag aus Bonn. Massenhafte Ruinierung der Bauern im kommenden Winterhalbjahr ist die Folge. Die Frühjahrsproteste der Bauern aber haben deutlich gemacht, daß sie nicht länger stillhalten wollen. Daran konnten auch die Spaltungsversuche der Führung des Deutschen Bauernverbandes nichts ändern. Ein heißes Winterhalbjahr mit militanten Bauernkämpfen scheint vorprogrammiert zu sein.



Der erste Heuschnitt ist verdorben. Das Winterfutter wird knapp werden.

## „Freies Landvolk" —Juli-Nummer



Preistreiber in Aktion!

Aus dem Inhalt:
- EG-Preiserhöhungen
- Großgrundbesitzer in der BRD
- Gewerkschafter für Bauern
- Bauernland in Bauernhand

zu bestellen über:
Verlag Gerd Coldewey
Seefelder Außendeich
2883 Stadtland 3

Einzelpreis bei 16 Seiten: 70 Pfennig; Jahresabo bei vierteljährlicher Erscheinungsweise: 4 Mark einschließlich Porto.

### Großverdiener vertreibt Bauernfamilie

# „Lumpengesindel' bekommt recht!"

**BOKELAH/BREMERVOERDE.— Eine ehemals wohlhabende Bauernfamilie steht ein ihnen dringend empfohlenes Rationalisierungsvorhaben nicht durch und gerät so immer tiefer und fester in den Würgegriff der Banken. Schließlich, nach langwierigem Kampf, nach Prozessen und Demonstrationen, übernimmt ein Steuerberater aus Bremen das Land. Zwangsräumung wird angeordnet und durchgeführt. Die legitimen Eigentümer — die Familie Lührs — schreibt kurz vor der Zwangsräumung folgenden Brief an den untätig gebliebenen Niedersächsischen Landvolkverband, den wir der neuen Ausgabe der Zeitung „Freies Landvolk" entnehmen:**

*„Großverdienern unseres chancenungleichen Systems ist das Recht gegeben, durch Bauernhand hart Erarbeitetes zu vernichten und die Bauern von ihren Höfen zu vertreiben. Wer unterstützt in unserem Staat die primitiven Regungen dieser Art von Menschen? Welche Behörden erteilen ihnen das Recht, das wertvolle Landschaftsschutzgebiet mit Baggern und Raupen zu zerstören, wer erteilte die Baugenehmigung für ein zweites Wohnsitz gedachtes ‚Ritterhaus' im Landschaftsschutzgebiet? Wer gab den Abbruch eines stabilen und sehr gut erhaltenen Fachwerkhauses frei, in das kurz zuvor der junge landwirtschaftliche Pächter, weil zum Pachtobjekt keine Wohnung gehörte, über 30 000 Mark investierte?*

*Der neureiche Steuerberater, jetzt Herr eines 300-Hektar-Hofes, ließ dieses Haus aus ‚Angst' abbrechen; er vermutete wohl, daß man der nun obdachlos gewordenen Bauernfamilie dieses Wohnhaus als Unterkunft zusprechen könnte. Wenn ein ‚Lumpengesindel' dieser Art in unserem Staat sein Recht bekommt, ist es kein Wunder, wenn in dem Unterdrückten der Widerstand wächst..."*

### Gewerkschafter treten für Bauern ein

# „Verteuerung ist kein Problem zwischen Arbeitern und Bauern"

### aus „Freies Landvolk"

**In der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) findet zur Zeit eine Auseinandersetzung über die Haltung gegenüber der bäuerlichen Landwirtschaft statt. Bekanntlich sind in der GGLF die Land-, Forst- und Gartenarbeiter organisiert. Während die Führung der GGLF offensichtlich kein Interesse an der Einheit zwischen den Bauern und den Arbeitern hat, ist die Meinung der Mitglieder der darüber offensichtlich eine erfreulich andere.**

Entzündet hat sich die Auseinandersetzung um einen Artikel der Zeitung GGLF, dem „Sämann". In der Nummer 3/80 wird die Forderung der Bauern nach höheren Erzeugerpreisen als „Theaterdonner" bezeichnet und sie sei nicht zu unterstützen, weil sie einseitig den landwirtschaftlichen Arbeitgebern zugute kommen würde.

In einem Artikel im „Sämann" 5/80 wird nun gegen diese schädliche Ansicht zu Felde gezogen. Zunächst werden darin die großen Strukturunterschiede auf dem Lande am Beispiel von Schleswig-Holstein hervorgehoben, wo 11 Prozent der Betriebe 33 Prozent der Fläche besitzen und über 30 Prozent des Betriebseinkommens verfügen können. Weitere 59 Prozent der Betriebe besitzen nur noch 36 Prozent der Fläche und haben nur 32 Prozent des Betriebseinkommens. Die Großgrundbesitzer, die 4 Prozent der Betriebe besitzen und die in erster Linie die Land- und Forstarbeiter für sich arbeiten lassen, verfügen über 18 Prozent der Fläche und über 14 Prozent des Betriebseinkommens.

Der Schreiber des Artikels hebt deutlich die Unterschiede der Produktivität der Betriebe hervor und schreibt weiter: *„Gegenüber Großbauern, Großgrundbesitzern und Agrarindustriellen ist eine klare Frontstellung völlig angemessen. Dies kann aber doch nicht für die kleinen und mittleren Bauern gelten, die sich dadurch auszeichnen, daß sie und ihre Familien ohne Beschäftigung von Lohnabhängigen den Hof bewirtschaften!"*

Im Artikel wird bewiesen, wie ruinös die Preiskostenschere gerade für die bäuerliche Landwirtschaft wirkt, und der Autor fügt weiter hinzu: *„Die großen Betriebe können diese Entwicklung aufgrund höherer Produktivität durch Maschineneinsatz und Lohnarbeiter ausgleichen, die kleinen können das nicht."*

Am Beispiel der schlechten Getreideernte 1976 wird aufgezeigt, daß das Roheinkommen pro Arbeitskraft auf Höfen zwischen 10 und 20 Hektar um 26,9 Prozent zurückgegangen ist, daß es aber bei Höfen über 50 Hektar nur um 5,4 Prozent gesunken ist. Dies hat natürlich besonders für die bäuerliche Landwirtschaft fatale Folgen und dies kommt im Artikel gut zum Ausdruck.

Der Artikel schließt mit der Feststellung, daß die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise berechtigt ist, und fragt, warum die Gewerkschaft diese nicht unterstützt, denn *„die Verteuerung der Lebensmittel für die Arbeiter ist nie ein Problem zwischen Arbeitern und Bauern gewesen, man soll es nicht dazu machen."*

### Pohlmann KG wollte Bauern zu Mistfahrern degradieren

# „Eier-Fabrik"-Projekt gescheitert

### aus „Freies Landvolk"

**KREIS EMSLAND.— Etwas leichter hatte sich die Pohlmann KG mit Sitz in Vechta die Sache doch wohl vorgestellt, als sie vor acht Jahren plante, eine „Super-Eierfabrik" für zwei Millionen Legehennen zu errichten. Zunächst wurde dieser Bau in Lüder im Kreis Uelzen geplant. Die Pohlmann KG dachte sich, wir produzieren die Eier, und die Bauern rings um unsere Agrarfabrik werden Mistfahrer, die den Hühnerkot abfahren. Doch der Plan zerschlug sich an dem geschlossenen Widerstand der Bauern im Uelzener Raum, die sich nicht zu Mistfahrern einer Eierfabrik degradieren lassen wollten.**

Nun will Pohlmann KG diese „Eierfabrik" im emsländischen Haren ansiedeln. Zwar sind die Dimensionen dieser Agrarfabrik etwas eingeschränkt worden, so sollen „nur" noch 750 000 Legehennen und 250 000 Aufzuchtplätze für Küken darin untergebracht werden, doch immer noch werden rund 2 500 Hektar Land benötigt, um den anfallenden Kot unterzubringen. Da die Pohlmann KG schlechte Erfahrungen mit den Bauern gemacht hatte, wandte sie sich an die Bundesvermögensverwaltung, die im Emsland die benötigten Flächen in Besitz hat.

Auch die emsländischen Bauern lehnen die Bereitstellung ihrer Flächen für den Hühnerkot aus der Agrarfabrik ab. Und sie liefen Sturm, als sie von dem Plan erfuhren, daß die Pohlmann KG mit der Bundesvermögensverwaltung in Verhandlung darüber trat. Diesmal sollte der Hühnerkot unentgeltlich auf die Ländereien gebracht werden. Der bundeseigene Gutsbetrieb stand diesem Angebot nicht ablehnend gegenüber, versprach man sich doch dadurch einen wirtschaftlichen Vorteil.

In einem Protestbrief wandten sich die emsländischen Bauern an die Landwirtschaftsminister Ertl in Bonn und Glup in Hannover. In dem Brief wurde gefordert, daß die Bundesvermögensverwaltung sich nicht zum Steigbügelhalter einer Entwicklung machen dürfe, die für die bäuerliche Landwirtschaft von Übel ist. Es wurde auf die Vernichtung von vielen bäuerlichen Existenzen hingewiesen, die von dem Angbotsdruck durch die Pohlmann KG zwangsläufig ausgehen würde. Diese Vernichtungen stehen in keinem Verhältnis zu den 30 Arbeitsplätzen, die bei Errichtung dieser Agrarfabrik geschaffen würden.

Da Bundeslandwirtschaftsminister Ertl noch im März vor dem Bundestag in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen erklärte, er wolle keine Agrarfabriken, nahmen die emsländischen Bauern ihn beim Wort. Inzwischen hat Bonn die Bundesvermögensverwaltung angewiesen, keine Flächen der Pohlmann KG zur Verfügung zu stellen. Nun müssen sich diese Agrarkapitalisten wohl noch einmal nach einem anderen Standort umschauen oder die Bundestagswahlen abwarten...

## Wahlprüfsteine des DGB

# Wermutstropfen im Becher

**Gezwungen durch den Druck der fortschrittlichen Gewerkschafter hat die DGB-Führung nach anfänglicher Weigerung doch noch die Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 1980 herausgegeben. So begrüßenswert das ist, ein Wermutstropfen ist auch in diesen Becher gefallen: Leider sind die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung oft nicht in der klaren und konsequenten Form aufgenommen, wie es nötig gewesen wäre. Manche sind sogar ausgesprochen arbeiterfeindlich. Einige ganz wichtige Forderungen fehlen ganz.**

So hat etwa der Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer in den Prüfsteinen nicht den ihnen gebührenden wichtigen Stellenwert erhalten. Er taucht erst unter ferner liefen im Prüfstein 9 (Tarifautonomie) auf. Vor allem aber weigert sich die DGB-Führung nach wie vor, die klare und notwendige Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung zu stellen, obwohl die übergroße Mehrheit der aktiven Gewerkschaftger eindeutig für diese Forderung ist, und zwar jetzt erst recht, nachdem das Bundesarbeitsgericht sein Grundsatzurteil gefällt hat.

**Trotzdem! Daß das Verbot der Aussperrung überhaupt in den Wahlprüfsteinen gefordert wird, ist eine gute Sache.**

Angesichts der internationalen Lage, ihrer Entwicklung in den letzten Monaten, ist es sehr begrüßenswert, daß die Frage der Friedenssicherung einen hervorragenden Platz zugebilligt bekommen hat. Sie wird im Prüfstein 1 behandelt. Jedoch wird dieses Glück erheblich getrübt durch den Inhalt der entsprechenden Ausführungen und Forderungen. Sie sind teilweise schon nicht mehr nur unklar oder mehrdeutig, sondern ausgesprochen reaktionär und friedensfeindlich. So heißt es da etwa: *„Die wirtschaftliche, soziale und politische Integration Westeuropas muß fortgesetzt werden."*

Ist das etwa ein Forderung der Arbeiterklasse? Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen deutet in eine andere Richtung. Wirtschaftliche und politische Integration Europas — dahinter verbirgt sich die machthungrige und entspannungsfeindliche Außenpolitik der Bonner Regierung, wie sie auch von Helmut Schmidt betrieben wird. Das bedeutet, die Politik der blinden Gefolgschaft mit den USA und ihrer militärischen Konfrontationsstrategie gutzuheißen und liegt auf der Linie der NATO-Anbeter und der Verteidiger der Integration der BRD in den westlichen, von den USA beherrschten Militärblock.

**Solche Positionen lassen sich mit der Aufgabe der Friedenssicherung nicht vereinbaren. Wer die Gewerkschaften in dieses Gleis zieht, der verhindert den Kampf gegen die Kriegsgefahr.**

Der Prüfstein 1 enthält noch einen weiteren arbeiterfeindlichen und reaktionären Punkt. Da wird positiv der Begriff der *„inneren Sicherheit"* aufgenommen. Es wird sogar in krassem Gegensatz zur Realität behauptet, die innere Sicherheit sei *„eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit"*.

Aber was wird denn unter diesem Begriff verstanden? Etwa Sicherheit für die Arbeitsplätze? Etwa Unfallsicherheit im Betrieb, sichere Einkommen oder dergleichen? Natürlich nicht!

**Gemeint ist nichts anderes als die Sicherheit der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft. Gesichert werden soll die Macht der Monopolherren über Millionen Menschen, die von ihnen ausgebeutet und unterdrückt werden.** Und von welcher Seite könnte die innere Sicherheit der kapitalistischen Machtverhältnisse in Gefahr geraten? Durch wen könnte sie bedroht sein? Doch einzig und allein durch die Millionenmassen der Werktätigen, deren Leben sich im Kapitalismus verschlechtert, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und deren Lebensstandard sinkt.

**Es ist die Arbeiterklasse, es sind die Gewerkschaften, von denen die Kapitalisten eine Gefahr für ihre innere Sicherheit drohen sehen und nicht etwa ein Häufchen Terroristen. Und eben gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften richten sich auch all die Maßnahmen, die unter dem Schlagwort der inneren Sicherheit getroffen werden: Bespitzelung, Berufsverbote, Abbau demokratischer Rechte, Ausbau der Polizei zur Bürgerkriegsarmee usw.**

**Statt klar und eindeutig eine Sicherung der Energieversorgung auf der Basis der einheimischen Kohle zu fordern, wird die Lügenpropaganda der Energiekonzerne übernommen. Nach dem heutigen Erkenntnisstand — so heißt es im Prüfstein 4 — könne auf die Kernenergie nicht verzichtet werden.** Diese wissenschaftlich unhaltbare Behauptung dient einzig und allein dazu, das reaktionäre Bonner Energieprogramm und die Anwendung der Kernenergie gegen den berechtigten Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.

Das Finanzkapital und die Herren der Energiekonzerne, die durch dieses Energieprogramm ungeheure Profite machen, sind der einzige Nutznießer. Die Gesundheit der werktätigen Bevölkerung und ihre Sicherheit jedoch werden auf das schwerste bedroht. Dennoch erklärt die DGB-Führung im Prüfstein 4: **„Eine zeitweilige Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen ist vertretbar".** Die Frage der endgültigen Entsorgung soll dann irgendwie durch die Zukunft gelöst werden.

Zu den negativen Seiten der Wahlprüfsteine gehört auch das Fehlen einger wichtiger Forderungen und Ziele der Gewerkschaften, so etwa die Forderungen und Ziele der Gewerkschaften, so etwa die Forderung nach der 35-Stunden-Woche oder der Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen. Auch der Kampf gegen die politische Reaktion, gegen den Abbau demokratischer Rechte und die entsprechenden Forderungen fehlen völlig, was um so schlimmer ist, als auf der anderen Seite die innere Sicherheit bejaht wird.

Aber trotz dieser gewiß nicht unerheblichen Fehler und Mängel halten wir es für gut, daß die Wahlprüfsteine herausgekommen sind. Den etablierten Bonner Parteien wird es dadurch erschwert, den Wahlkampf zu entpolitisieren, ihn im Stil einer Waschmittelreklame durchzuziehen und alles auf die personelle Alternative Helmut Schmidt oder Franz Joseph Strauß zuzuspitzen.

**Benutzen wir die Wahlprüfsteine in diesem Sinne und zwingen wir die Herren Politiker von SPD, FDP und CDU Farbe zu bekennen, was ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Arbeiterbewegung betrifft.**




Demonstration am 22. März in Kassel für das Verbot der Aussperrung.

## Parteien im Prüfstand der Gewerkschaften

# VOLKSFRONT erhält Bestnote

**Parteien im Prüfstand — Wie sieht es mit ihren Wahlprogrammen und ihren politischen Taten in Bezug auf die Forderungen und Ziele der Gewerkschaften aus? Wie halten sie den Wahlprüfsteinen des DGB stand?**

**Es zeigt sich, daß alle drei Bonner Partein bei der Prüfung durchfallen. Auch die SPD kommt bestenfalls auf die Note „ungenügend minus". Anders sieht es da schon aus bei der „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", die von unserer Partei unterstützt wird. Nehmen wir einmal eine Auswahl gewerkschaftlicher Ziele und Forderungen und vergleichen wir.**

### Frieden und Entspannung

Im Prüfstein 1 nennt der DGB als wichtigste Punkte zu diesem Thema die Verurteilung „jeder Art von Aggression" und die Unterstützung von Bemühungen um den Abbau der Feindseligkeiten zwischen den Staaten. Der DGB fordert Abrüstung und Truppenreduzierung in Ost und West.

• **SPD:** Die SPD-Führung setzt sich für die Stationierung von Atomraketen der NATO auf deutschem Boden ein. Sie unterstützt faktisch das hemmungslose Wettrüsten der beiden Militärblöcke und der Beteiligung der Bundesrepublik daran. Sie setzt sich für die Beibehaltung der Bindung unseres Landes an den USA-Imperialismus und an dessen gefährliche Konfrontationspolitik ein. Ungenügend minus ist unter solchen Umständen noch eine milde Note!

• **FDP:** Hier gilt dasselbe, was wir zur SPD festgestellt haben.

• **CDU/CSU:** Wegen totaler Fehlleistungen gar nicht zur Prüfung zugelassen.

• **VOLKSFRONT:** Die Volksfront lehnt die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden generell ab und kämpft *„gegen die lebensbedrohende Bindung an die NATO"*. Sie fordert die Herabsetzung der Rüstungsausgaben, den Austritt der BRD aus der NATO und den Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden. Sie setzt sich ein für *„eine Neutralitätspolitik der Bundesrepublik gleich der Schwedens, der Schweiz und Österreichs"*. All das bedeutet; **Die VOLKSFRONT tritt für eine tatsächliche Entspannungspolitik ein.**

### Recht auf Arbeit, Sicherung der Arbeitsplätze

In den Wahlprüfsteinen for- DGB wird hierzu gefordert: *„Die regionale und sektorale Strukturförderung ist von ihrer beschäftigungspolitischen Wirkung abhängig zu machen"*. Ferner müsse sichergestellt werden, daß Rationalisierung und Automation *„der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen"* dienen und *„negative Folgen für die Arbeitnehmer vermieden werden"*.

• **SPD, FDP und CDU/CSU:** Fehlanzeige!

• **VOLKSFRONT:** *„Jede direkte und indirekte staatliche Subventionierung muß an die Sicherung oder die Neuschaffung von Arbeitsplätzen gebunden sein und durch die Belegschaften und ihre Vertreter kontrolliert werden"* — so heißt es im Programm der VOLKSFRONT zur Bundestagswahl. Und speziell gegen die Jugendarbeitslosigkeit wird in dem Programm *„eine Lehrstelle für jeden und die Übernahme der Lehrlinge in den erlernten Beruf"* gefordert. Ebenso wird gefordert: die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sechs Wochen Mindesturlaub, Herabsetzung des Rentenalters für Männer und Frauen um fünf Jahre. **Die Volksfront verdient sich auch hier eine Bestnote, zumal sie bekanntlich jeden Kampf der Belegschaften und der Gewerkschaft zur Verhinderung von Stillegungen, Arbeitsplatzabbau und Massenentlassungen vorbehaltlos unterstützt.**

### Tarifautonomie, Streikrecht, Aussperrung

Der wichtigste Punkt hierzu in den Wahlprüfsteinen lautet: *„Angriffe auf die Tarifautonomie sind abzuwehren. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel eines generellen Verbots der Aussperrung."*

• **SPD, FDP und CDU/CSU:** Unabhängige, nur den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtete Gewerkschaften fürchten und hassen sie. Bei der CDU/CSU geht dies bis zu unverhüllten Versuchen, die Einheitsgewerkschaft zu zerstören. Die SPD verurteilt die Aussperrung zwar moralisch aber ein gesetzliches Verbot wird von der SPD-Führung abgelehnt.

• **VOLKSFRONT:** Der erste Punkt überhaupt im Wahlprogramm der Volksfront ist folgendermaßen überschrieben: *„Gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer! Für ein volles, uneingeschränktes Streikrecht und ein gesetzliches Verbot der Aussperrung"*. Die VOLKSFRONT hat bekanntlich auch die Kampagne für das Verbot der Aussperrung aktiv unterstützt. Unter anderem beteiligte sie sich an der Demonstration in Kassel am 22. März 1980, die kurz vor dem Beginn der Verhandlungen vor dem Bundesarbeitsgericht über die Aussperrungsklagen der IG Metall und der IG Druck und Papier durchgeführt wurde. Die VOLKSFRONT fordert ferner die *„Abschaffung der reaktionären Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes"*, namentlich die Abschaffung *„der Friedens- und Schweigepflicht"* und des *„Verbots für Betriebs- und Personalräte, an der Vorbereitung, Organisierung und Durchführung von Arbeitskämpfen mitzuwirken"* **Alles, was das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiterklasse einschränkt, wird von der VOLKSFRONT bekämpft, und all das wird unterstützt, was die Gewerkschaften als unabhängige Klassenorganisation, als Kampfverband der Arbeiter gegen das Kapital stärkt.**

### Steuer- und Finanzpolitik

In den Wahlprüfsteinen des dert der DGB, das Steuersystem müsse *„vereinfacht und sozial gerechter werden und eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen"*.

• **SPD, FDP und CDU/CSU:** Die Steuerpolitik aller Parteien im Bundestag zielt bekanntlich mehr oder weniger offen auf die Bereicherung der Konzernherren und auf die verschärfte Ausplünderung des arbeitenden Volkes.

• **VOLKSFRONT:** Im Wahlprogramm der VOLKSFRONT heißt es: *„Gegen die steuerliche Ausplünderung des Volkes und die Aufblähung eines riesigen parasitären Staatsapparates! Für die Senkung der Besteuerung der niedrigen Einkommen, für die rigorose Besteuerung aller Jahreseinzeleinkommen von über 70.000 Mark! Runter mit den Preisen durch Abschaffung der indirekten Steuern!*

### VOLKSFRONT — Alternative für Gewerkschafter

Kein Zweifel: Die VOLKSFRONT hat Forderungen und kämpft für Ziele, die nicht im geringsten zu den Zielen und Forderungen der Gewerkschaftsbewegung im Widerspruch stehen, ganz im Gegenteil! eine Wertung, die man bei den etablierten Bonner Parteien beim besten Willen nicht treffen kann.

Berührungspunkte zwischen den DGB und den Bonner Parteien gibt es ausschließlich an solchen Punkten, wo die reaktionäre Gewerkschaftsführung — mehr oder weniger gegen den Willen der Basis — ihre arbeiterfeindlichen Positionen zum Tragen bringt; so etwa bei der Unterstützung der Bindung der Bundesrepublik an die USA und die NATO oder der Bejahung des Energieprogramms der Bundesregierung und des Baus und Betriebs von Atomkraftwerken.

Die VOLKSFRONT jedoch erfüllt, gemessen an den Wahlprüfsteinen des DGB, ihr Soll gewissermaßen über die gesetzte Norm hinaus. Sie tritt auch für jene Forderungen der Gewerkschaftsbewegung ein, die eigentlich ebenfalls in die Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 1980 hineingehören, die aber von der DGB-Führung ausgeklammert wurden. Wir erwähnten bereits die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und das **gesetzliche** Verbot der Aussperrung. Hier sei noch auf den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Verschärfung der politischen Reaktion und die Faschisierung hingewiesen.

In dieser Hinsicht wurden in den vergangenen Monaten von zahllosen Delegiertenkonferenzen und Funktionärsversammlungen der DGB-Gewerkschaften Initiativen ergriffen, fanden gewerkschaftliche Aktionen statt, Demonstrationen, Kundgebungen usw. Die VOLKSFRONT unterstützt diesen Kampf konsequent. Sie kämpft gegen Gesinnungsschnüffelei, Bespitzelung von Gewerkschaftern, gegen Berufsverbote usw., für das Verbot der faschistischen Organisationen, für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung etc. Entsprechende Forderungen enthält auch das Programm der VOLKSFRONT zur Bundes tagswahl.

Dasselbe gilt auch für eine andere Kampffront, die für die Gewerkschaften große Bedeutung hat: die Front des Kampfes gegen die Diskriminierung der Frauen, insbesondere in bezug auf Löhne und Gehälter. Auch hier unterstützt die VOLKSFRONT konsequent die Ziele der Gewerkschaftsbewegung. So heißt es in ihrem Wahlprogramm: *„Gegen die Benachteiligung und besondere Unterdrückung der Frauen! Für die vollständige Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten!"*

**Alles in allem kann man sagen: Bei der diesjährigen Bundestagswahl gibt es für die Gewerkschafter eine echte Alternative, nämlich die „VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg".**

Angriff auf Montanmitbestimmung — 50 000 streikten

# IGM-Führung behindert konsequenten Kampf

**DÜSSELDORF.— Rund 50 000 Stahlarbeiter beteiligten sich am Dienstag und Mittwoch der letzten Juliwoche an den Warnstreiks gegen den reaktionären Versuch der Stahlbarone, auf kaltem Wege die Montanmitbestimmung abzuschaffen. Allerdings ist die Politik und Taktik der IG-Metall-Führung nicht geeignet, dem Angriff der Stahlkonzerne die geballte Kraft der Arbeiter entgegenzustellen.**

An Rhein und Ruhr, Saar und Weser kam es anläßlich der Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Mannesmann-Konzernspitze zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen, die bis zu eineinhalb Stunden dauerten. Insgesamt waren mehr als 40 Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie von den Aktionen betroffen. In einigen Fällen bildeten die Stahlkocher Demonstrationszüge und marschierten außerhalb der Werke durch die Straßen.




Diese Aktionen haben ihren Eindruck auf die Stahlbosse nicht verfehlt. Hatte sich der Mannesmann-Vorstandsvorsitzende Overbeck anfangs noch arrogant und unnachgiebig aufgeführt und erklärt, eine andere Lösung als die vom Konzernvorstand ins Auge gefaßte käme überhaupt nicht in Frage, so gab er sich bei den Verhandlungen am 30. Juli in Düsseldorf schon umgänglicher.

Zwar führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Sie wurden auf den 11. August vertagt. Die Mannesmann-Bosse erklärten jedoch immerhin, der von der IGM-Führung vorgelegte Tarifvertragsentwurf, der eine „Umstrukturierung" des Stahlkonzerns in der von Mannesmann angestrebten Richtung bei gleichzeitiger Beibehaltung der Montanmitbestimmung vorsieht, sei „nachdenkenswert".

Auf der anderen Seite stellt sich aber die Frage, ob der von der IGM-Führung eingeschlagene Weg den Interessen der Stahlarbeiter gerecht wird: Liegt der Tarifvertragsentwurf doch auf der Linie eines Kuhhandels, eines Tauschgeschäftes, das darin besteht, daß die IG-Metall-Bonzen sich bereit erklären, alle Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Belegschaft zu dulden, solange die Overbeck und Co. nur die Montanmitbestimmung unangetastet lassen.

Der IGM-Vorsitzende Loderer hat von Anfang an signalisiert, die IG Metall habe gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung eigentlich gar nichts einzuwenden, solange Mannesmann sich nicht an der paritätischen Mitbestimmungsregelung vergreife. Und der Verhandlungsführer der IG Metall, Vorstandmitglied Rudolf Judith, betonte, die Gewerkschaft sei der Meinung, daß ihr Vorschlag **„zu den gleichen betriebswirtschaftlichen Ergebnissen"** führe, wie sie durch das Konzept des Konzernvorstandes angestrebt werden.

Unsere Partei, die KPD, hält daran fest, daß eine solche „Verteidigung" der Montanmitbestimmung nicht im geringsten im Interesse der Stahlarbeiter und der Gewerkschaftsbewegung liegt. Im Gegenteil. Sie ist reaktionär und arbeiterfeindlich. Sie orientiert sich genau an jener verhängnisvollen Rolle der Montanmitbestimmung, die ihr schon 1951, als sie im Bundestag mit Unterstützung der Unionsparteien und Konrad Adenauers gesetzlich verankert wurde, zugedacht war: „Mitverantwortung" der Gewerkschaften bei der kapitalistischen Unternehmensführung. Also Mitverantwortung bei der Profitmaximierung, Billigung von deren Folgen für die Lage der Belegschaften.

Auf den Kundgebungen während der Arbeitsniederlegungen vom 29. und 30. Juli haben die Bonzen genau dieses sozialpartnerschaftliche Konzept in ihren Reden propagiert. So gestanden sie ein, daß die Montanmitbestimmung die Arbeitsplatzvernichtung in der Eisen- und Stahlindustrie zwar nicht verhindern könne, dafür seien mit ihrer Hilfe jedoch die „fortschrittlichsten Sozialpläne der Bundesrepublik" durchgesetzt worden.

Abgesehen davon, daß unserer Meinung nach die Qualität eines Sozialplanes keineswegs von der Mitbestimmung im Aufsichtsrat, sondern vielmehr von der Kampfkraft und Mobilisierung der Belegschaft abhängt, entspricht eine solche Argumentation genau der arbeiterfeindlichen Ideologie der „sozialen Abfederung": Die Arbeiter sollen die Übel des Kapitalismus vergessen und sich über ihre erbärmliche Lage als ausgebeutete, von Verelendung bedrohte Lohnsklaven hinwegtrösten, weil ihre angeblichen Vertreter und Freunde das System der Ausbeutung ein wenig mit sozialen Milderungen ausschmücken.

Wir Kommunisten sind durchaus der Meinung, daß der Angriff der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung mit einem konsequenten Kampf der Gewerkschaft, mit der Mobilisierung der Belegschaften und wirkungsvollen Aktionen begegnet werden muß. Der von der IGM-Führung angestrebte Kuhhandel hat aber mit einem konsequenten Kampf nichts zu tun. Damit wird die Kampfkraft der Stahlwerker und ihrer Gewerkschaft nicht entfaltet sondern geschwächt. Nicht Sozialpartnerschaftskungelei sondern Klassenkampf gegen die Monopolherren! Offensiv gegen die Stahlbarone vorgehen heißt, den Kampf gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung mit der konsequenten Verteidigung der Arbeitsplätze zu verbinden!

**In diesem Sinne setzen wir Kommunisten uns in Betrieb und Gewerkschaft ein und leisten unseren Beitrag zur Mobilisierung der Kollegen und zur Organisierung der gewerkschaftlichen Aktionen für den Erhalt der Montanmitbestimmung.**

## Berufungsverhandlung der Hoesch-Betriebsräte

**DORTMUND.— Am 13. August wird die Berufungsverhandlung über die Kündigungsschutzklage der beiden fristlos entlassenen RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union vor dem Landesarbeitsgericht Hamm stattfinden.**

In erster Instanz hatte das Arbeitsgericht Dortmund den beiden entlassenen Belegschaftsvertretern Norbert Bömer und Hartmut Siemon Recht gegeben. Die Entlassungen wurden für ungültig erklärt. Der Hoesch-Vorstand jedoch legte beim Landesarbeitsgericht Berufung gegen dieses Urteil ein.

Die Chancen dafür, daß auch das LAG die Unhaltbarkeit der Entlassung anerkennt, sind gut. Allerdings steht dann die Frage, ob das Gericht die Revision beim Bundesarbeitsgericht für zulässig erklärt oder nicht. Im ersten Fall würden die Hoesch-Bosse mit Sicherheit das Bundesarbeitsgericht in Anspruch nehmen. Damit wäre auch das Urteil des LAG nicht rechtskräftig. Der Anspruch der beiden entlassenen Betriebsräte auf weitere Ausübung ihres Betriebsratsamtes könnte dann weiterhin nur mittels einstweiliger Anordnung geltend gemacht werden.

Wir bitten unsere Leser, denen dies möglich ist, die Verhandlung vor dem LAG zu besuchen, um der Solidarität mit den entlassenen Betriebsräten Ausdruck zu geben. Ort: Landesarbeitsgericht in Hamm. Zeit: 13. August um 12.30 Uhr.

*Gewerkschaftskommentar*

Beim Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche machten viele aktive Gewerkschafter die Erfahrung, daß sie und ihre Gewerkschaftsführung keineswegs am gleichen Strang zogen. Die Loderer, Herb, Janßen und Konsorten sabotierten den Kampf, würgten den Streik letztendlich ab und betrogen die Kollegen um die Früchte ihres harten und aufopferungsvollen Einsatzes. Und jetzt, wo es gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung geht? Ist es jetzt anders? Stehen die Bonzen in diesem Fall ausnahmsweise konsequent auf der Seite der Arbeiter?

## Am gleichen Strang mit den DGB-Bonzen?

Dies anzunehmen, wäre ein verhängnisvoller Trugschluß! Es stimmt, daß die DGB-Bonzen selbst ein gewisses Interesse an der Erhaltung der Montanmitbestimmung haben. Zweifellos ist es auch richtig, daß der Angriff der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung ein Angriff auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ist. Und dennoch ziehen die DGB-Bonzen und die Arbeiter nicht einmal in diesem Fall am gleichen Strang.

Es soll hier nicht bestritten werden, daß die paritätische Mitbestimmung rein theoretisch vielleicht gewisse geringfügige Möglichkeiten bietet, um einen Kampf der Belegschaften und der Gewerkschaft gegen Stillegungen, Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung in gewisser Hinsicht zu unterstützen. Theoretisch! In der Praxis sieht die Sache anders aus.

Erstens verpflichten das Aktiengesetz wie auch die reaktionären Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat darauf, den Profitinteressen der „Anteilseigner" zu dienen. Ein Ausbrechen aus dieser Pflicht kann unter Umständen sogar mit Gefängnisstrafen geahndet werden. Zweitens zeigt die Erfahrung darüber hinaus, daß unsere Arbeitnehmervertreter auch gar nicht den Versuch machen, ihre Positionen im Aufsichtsrat in den Dienst der Sache der Arbeiter zu stellen.

Die gleichen Herren, die als unsere angeblichen Vertreter in den Aufsichtsräten sitzen, die Loderer, Vetter usw., halten nicht nur als Aufsichtsräte brav die reaktionären Gesetze ein, die die paritätische Mitbestimmung zur Augenwischerei und zum Betrug machen. Sie handeln unabhängig von dieser Funktion, in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsführer- und Funktionäre, genau so arbeiterfeindlich, genau so „verantwortungsbewußt" gegenüber den Profitinteressen der Unternehmer.

Ihre Ideologie lautet: Was für die Unternehmer gut ist, muß auch im Interesse der Arbeiter sein. Macht die Profitmaximierung die Vernichtung von Arbeitsplätzen notwendig, dann muß der Arbeiter das eben akzeptieren und auch noch als im eigenen Interesse betrachten, selbst wenn seine Existenz dabei ruiniert wird. Wann hat die IGM-Führung eigentlich je den Kampf einer Belegschaft gegen Stillegungen und für die Verhinderung von Massenentlassungen ernsthaft unterstützt?

Zweifellos ist der Angriff auf die Montanmitbestimmung reaktionär. Er kann von der Arbeiterklasse nicht hingenommen werden. Aber nicht, weil es etwa ein Vorteil wäre, daß Bonzen wie Loderer in den Aufsichtsräten darüber mitbestimmen, wie man den Belegschaften am geschicktesten das Fell über die Ohren zieht. Wir sind der Meinung, daß dieser Angriff der Stahlbarone Bestandteil einer Gesamtstrategie des Kapitals ist, die auf eine umfassende Offensive gegen die wirtschaftlichen und politischen Interessen und Rechte der Werktätigen abzielt. Man muß diesen Angriff im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung sehen, deren Tendenz heißt: Reaktion auf der ganzen Linie.

Dagegen muß die Kraft der Arbeiter und der Gewerkschafter entfaltet werden. Das geht nur, wenn gegen jeden wirtschaftlichen und politischen Angriff des Kapitals mit entschlossener Gegenwehr reagiert wird. Die DGB-Führer aber verhindern genau das. Sie boykottieren einerseits den Kampf der Stahlwerker für die Verteidigung der Arbeitsplätze und versuchen andererseits, den Kampf um die Montanmitbestimmung im Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Konfliktbereinigung zu halten. Damit schwächen sie die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften und bereiten dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus weiter den Weg.

Unternehmerverbände:

# Strauß-Gegnern droht Entlassung

**DÜSSELDORF.— Die Bundesvereinigung der deutschen Unternehmerverbände, BDA, hat in provokatorischer Form erklärt, Arbeiter und Angestellte, die in den Betrieben Anti-Strauß-Plaketten tragen, hätten mit Entlassung zu rechnen.**

Es sind bereits Arbeiter wegen tragens von Stoppt-Strauß-Plaketten entlassen worden. Bekannt wurden zwei Fälle: der des Metallarbeiters Erhard Sieland aus Hemer im Sauerland und der Fall des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Christian Wagemann aus Stolberg, der bei der Firma Chemie Grünental beschäftigt war. Außerdem ist auch der Fall der Locherin Ute Nanay bekannt, die als Angestellte in der Frankfurter Zentrale der IG Bau-, Steine-, Erden von den Bonzen gefeuert worden war, weil sie einen Anti-Strauß-Aufkleber an ihrer Maschine angebracht hatte.

Die IG Metall hat erklärt, daß sie ihren Mitgliedern im Falle einer Entlassung wegen Stoppt-Strauß-Plaketten Rechtsschutz gewähren wird. Die IG Metall gewährt auch dem Kollegen Sieland Rechtsschutz, der in erster Instanz seinen Arbeitsgerichtsprozeß verloren hat, jedoch in Berufung geht.

Das Vorgehen der Unternehmer gegen Straußgegner ist wieder einmal ein Beweis, daß es ein echtes Recht der freien Meinungsäußerung entgegen der im Grundgesetz enthaltenen Proklamationen hierzulande für Arbeiter nicht gibt. Seine politische Meinung darf man im Betrieb nur so lange „frei" äußern, solange diese mit den herrschenden Machtverhältnissen konform geht.

IG Chemie fordert:

# Verbot der Grauen Wölfe!

**HANNOVER.— Der Vorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat sich mit einem Schreiben an Bundesinnenminister Baum gewendet und die „Unterbindung der Übergriffe fanatischer türkischer Rechtsextremisten" in der Bundesrepublik verlangt.**

In dem Schreiben werden verschiedene Beispiele angeführt, die zeigen, wie die Grauen Wölfe türkische Arbeiter terrorisieren. Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Chemie seien tätlich angegriffen und mit Morddrohungen bedacht worden. Auch seien Anhänger der faschistischen MHP in eine Gewerkschaftsversammlung eingedrungen und hätten bei einer Messerstecherei drei Gewerkschafter verletzt.

In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß *„die bekannten Idealistenvereine, ihre Dachorganisation Türk-Föderation und die ‚Islamischen Kulturvereine' das ideologische Rüstzeug für die Aktivitäten der ‚Grauen Wölfe'"* liefern und daß sie *„ihnen als Organisationsbasis"* dienen.

Verschiedene Delegiertenkonferenzen der IG Chemie-Papier-Keramik haben bereits in Entschließungen das Verbot der Grauen Wölfe gefordert.

### 400 auf antifaschistischer Kulturveranstaltung

# Die VOLKSFRONT war mit von der Partie

## Kieler Direktkandidat hat genügend Unterschriften

**KIEL.— „Die Gedanken sind frei — Kultur gegen rechts", das war das Motto einer lebendigen und vielseitigen antifaschistischen Veranstaltung, die am 12. Juli im Kieler Kommunikationszentrum „Pumpe" über die Bühne ging. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von dem Arbeiter-Kunst- und Kulturverein (AKKU) und dem Kieler Kreisverband der VOLKSFRONT organisiert.**




Einladungsbroschüre



Die Kieler Frauengruppe spielt eine Szene zum § 218.

Ein Blick auf das Programm läßt ahnen, daß die 400 Besucher ihr Kommen bestimmt nicht bereut haben. die Politrockgruppe „Elbe 1" und die „Bremer Stadtquerulanten" sorgten für Stimmung, Heiterkeit und Schwung — verbunden mit politischer Agitation und Aufklärung.

Der Westberliner Graphiker Ernst Volland stellte seine Arbeiten aus. Und eine ganze Reihe politisch aktiver Einzelpersonen und Gruppen dokumentierten ihre Arbeit durch Szenen, Wortbeiträge und Informationsstände. Alle nahmen sie aus der Sicht ihres Kampfes zum „Kandidaten" Stellung. Vertreten war die Frauengruppe Kiel, die Kieler Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, der Arbeiter-Kunst- und Kulturverein, die Rote Hilfe Deutschlands, die RGO, die Initiative gegen den neofaschistischen Sturmwindladen, das Komitee gegen die Grauen Wölfe, natürlich die VOLKSFRONT und viele andere.

Der Wirt des Kommunikationszentrums „Pumpe" war Berichten von Veranstaltungsteilnehmern zufolge von der Darbietung der Bremer Stadtquerulanten so begeistert, daß er drei Flaschen Sekt springen ließ.

Wie der Rote Morgen von der Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT erfahren hat, haben die Kieler VOLKSFRONT-Mitglieder im Rahmen dieser Kulturveranstaltung so viele Unterschriften sammeln können, daß ihr Direktkandidat Dr. Peter Reibisch (Mitglied des zentralen Vorstandes der VOLKSFRONT) genügend abgesichert ist.



Die Bremer Stadtquerulanten bei ihrem Auftritt.

### Bevölkerung soll kommentieren

# „Das Wasser ist trübe, die Luft ist rein ..."

## Möglichkeit zum „Schmeißfliegen-Porträt"

**HANNOVER.— Wir erkundigten uns bei der Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT nach besonders originellen Aktionen von VOLKSFRONT-Gruppen. Bundesgeschäftsführer Leicht nannte uns folgendes Beispiel aus Hannover:**

Die Hannoveraner hatten beschlossen, ihre regelmäßigen Informationsstände lebendiger zu machen, um auf diese Weise besser auf sich aufmerksam machen zu können. So bauten sie, eine große Stellwand, auf der man den Lebenslauf von Strauß anhand von viel Bildmaterial und großen Textbuchstaben studieren konnte.

Gleich daneben hing ein weiteres Plakat, daß sich dadurch auszeichnete, daß es leer war. Lediglich eine Frage war darauf geschrieben: „Was denken Lindener über Strauß?" (Linden ist ein Stadtteil in Hannover).

Die Lindener blieben die Antwort nicht schuldig. Hier einige Kostproben (den Strauß-Anwälten sei gesagt, daß der Rote Morgen folgende Passagen aus dokumentarischen Gründen abdruckt): „Ein dummes Schwein war Fridolin, doch Strauß, der übertrumpfte ihn!" — „Das Wasser ist trübe, die Luft ist rein, Franz Josef muß ertrunken sein!" — „Selbst in Düsseldorf am Rhein, mag man nicht das dicke Schwein". Bemerkenswert folgender Kommentar:

**„Die SPD hat vorbereitet, daß der Strauß jetzt vorwärtsschreitet!"**

Eine weitere Idee der Kollegen aus Hannover: Am Stand wurde eine lebensgroße Strauß-Karikatur aufgestellt. Der CSU-Chef wurde von Schmeißfliegen umringt, die ihn heftig mit Eiern bewerfen. Der Kopf einer Schmeißfliege ist in Wirklichkeit ein Loch, in das man seinen Kopf hindurchstecken kann, um sich ablichten zu lassen. Dieser Gag soll vor allem auf Stadtteilfesten sehr gut ankommen.



### Gewerkschafter kandidieren für die VOLKSFRONT

# Betriebsratsvorsitzender Hansen wird von Kollegen unterstützt

**KIEL.— Der Kollege Törk Hansen, IG-Metall-Mitglied, ist Vorsitzender des Betriebsrats bei der Firma Sintermetall in Lübeck. Auf der Gründungsversammlung der VOLKSFRONT wurde er in den Zentralen Vorstand gewählt. In Lübeck kandidiert er direkt für den Bundestag. Der Kollege ist 30 Jahre alt, ist verheiratet und hat ein Kind. Wie der „Rote Morgen" von der Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT erfuhr, ist Hansens Kandidatur bereits durch genügend Unterschriften abgesichert.**

Der „Rote Morgen" fragte telefonisch bei Kollegen Törk Hansen an, wie denn die Belegschaft seines Betriebes auf seine Direktkandidatur reagiert habe. Der Betrieb hat eine ca. 200 Mann starke Belegschaft, dabei sind 50 ausländische Kolleginnen und Kollegen. Man kann also davon ausgehen, daß etwa 150 wahlberechtigte Kollegen bei Sintermetall arbeiten.

Von diesen haben 33 die Kandidatur ihres Betriebsratsvorsitzenden und die Landesliste Schleswig-Holstein unterstützt. Wie Kollege Hansen berichtet, sind große Teile der Belegschaft an einem gemeinsamen Kampf gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 interessiert und unterstützen in diesem Zusammenhang die Kandidatur der VOLKSFRONT als antifaschistische Alternative. Darüberhinaus spiele auch eine nicht zu unterschätzende Rolle, daß der Kollege vielen Belegschaftsmitgliedern persönlich bekannt sei und es von vielen Kollegen begrüßt würde, wenn jemand aus ihrer Mitte, mit dem sie auf Du und Du sind, für den Bundestag kandidiert.

Auf die Frage, was denn seine Gewerkschaft zu seiner Kandidatur sage, antwortete Kollege Hansen, daß er von dieser Seite keinerlei Schwierigkeiten bekommen hätte. Nur kurz nach der Gründung der VOLKSFRONT seien in Kiel dubiose Zeitungsberichte erschienen, die gestützt auf Informationen des Verfassungsschutzes wissen wollten, die VOLKSFRONT sei eine Tarnorganisation der KPD. Hierüber hatte seine Gewerkschaft Aufschluß verlangt. Kollege Hansen hat dazu klar Stellung genommen, diese Verdächtigungen zurückgewiesen und anhand der öffentlich zugänglichen Dokumente der VOKSFRONT nachgewiesen, daß es sich bei dieser Organisation um einen antifaschistischen und demokratischen Verband handele. Seitdem wäre er unbehelligt geblieben.

Daß Törk Hansen ein Drittel der benötigten 200 Unterschriften von seinen Kollegen bekommen hat, beweist anschaulich, daß die VOLKSFRONT etwa im Gegensatz zu den „Grünen" ihre Hauptstütze in der Arbeiterklasse hat, daß das an den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse orientierte Programm der VOLKSFRONT positive Resonanz unter den Werktätigen findet.

STOPPT STRAUSS! MÜNCHNER ECHO

Wer hat Angst vor dem großen Krieg?

GEMEINSAM gegen Reaktion, Faschismus und Krieg für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden

30 Pfg.

Zeitung der Volksfront Kreisverband Nürnberg

Nie wieder Krieg!

Seit einigen Monaten wird wieder in aller Öffentlichkeit über einen neuen Krieg spekuliert, werden militärische Vorbereitungen getroffen: US-Flugzeugträger in den persischen Golf, neue Stützpunkte in der Türkei, Israel, Ägypten und vielen anderen Ländern, Erhöhung des Rüstungshaushaltes.

Mit der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen haben die USA eine willkommene Möglichkeit gefunden, ihre Pläne hinter den Nebelschwaden der angeblichen Verteidigung der Freiheit der Völker zu verstecken. Die geheuchelte Empörung über die Verbrechen der Sowjetunion

# Besonders aktiv

**Nach Auskunft der Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT in Essen gehört der Landesverband Bayern zu den zahlenmäßig schwächsten Landesorganisationen, doch spiegelt sich das keineswegs in seinen Aktivitäten wider, im Gegenteil: Was die bayrischen Kollegen gewissermaßen in der Höhle des Löwen leisten, ist beachtlich. Würzburger Kollegen der VOLKSFRONT organisierten anläßlich der Würzburger Südstadtwochen eine Ausstellung „Wie sicher sind wir im Ernstfall?" Münchener Kollegen sammelten innerhalb kürzester Frist 400 Unterschriften für die bayrische Landesliste. Und der bayerische Landesverband wird wohl der einzige sein, in dessen Gebiet gleich drei verschiedene VOLKSFRONT-Zeitungen regelmäßig erscheinen. Die Kreisverbände München, Würzburg und Nürnberg sind die Herausgeber. Oben sind zwei davon abgebildet.**



VOLKSFRONT-Kandidat Törk Hansen, Gründungsmitglied der VOLKSFRONT, spricht auf einer Veranstaltung.

### Unterschriftensammeln im Sauerland

# Andrang wie beim Sommerschlußverkauf

## Volkskorrespondenz aus Bochum

**BOCHUM.— Fünf Mitglieder und Freunde der VOLKSFRONT nutzten den ersten „Sonnensamstag" der Ferien, um von Bochum nach Lüdenscheid zu fahren, um für die VOLKSFRONT zu werben und Unterschriften für die Landesliste NRW zu sammeln.**

In unserem Marschgepäck hatten wir ein mit viel Liebe gemaltes Plakat „Stoppt Strauß — gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" sowie ein großes Transparent der VOLKS—FRONT. Als wir den Stand auf einem zentralen Platz aufgebaut hatten, waren wir alle noch von sehr gemischten Gefühlen beseelt. Wie würden die „Sauerländer" auf unser Programm reagieren?

Doch schließlich hatten wir gar keine Zeit für solche Gedanken, denn die Leute wurden durch das Plakat — fast alle waren amüsiert — und durch das Ansprechen der Flugblattverteiler zum Stand gezogen. Dort fanden dann lebendige Diskussionen statt; was will die VOLKSFRONT? Warum sollte man VOLKSFRONT und nicht SPD wählen? Wir waren verblüfft, wie viel Menschen sich ohne zu zögern in die Landesliste eintrugen.

Kaum war eine halbe Stunde vergangen, da trauten wir unseren Augen nicht — die Listen waren ausgegangen. Um weitere Interessenten zufriedenstellen zu können, mußten wir schnell noch im Kaufhaus einen Block kaufen, in den sich die Interessenten eintragen konnten. Später schickten wir ihnen Briefe zu, die Landeslisten enthielten.

***Merke:*** **Immer genug Listen mitnehmen, einen lebendigen Stand aufbauen, die Menschen offensiv ansprechen; das bringt insbesondere in Gebieten, in denen die VOLKSFRONT noch nie aufgetreten ist, gute Erfolge.**

„Bremer Krawalle“

# Mit Polizei und Geheimdiensten gegen den „Volksfront-Komplex“

**BONN. — Seit drei Monaten müssen die „Bremer Krawalle“ nun schon als Dauerbrenner für eine Kampagne gegen die demokratischen Rechte herhalten. Inzwischen jedoch ist dieser Dauerbrenner unter der Hand zum Rohrkrepierer für die Reaktionäre in den Bonner Parteien geworden. Denn ungewollt liefern die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Anschauungsmaterial über den volksfeindlichen Charakter des Bonner Staates und seiner Pateien.**

Am 6. Mai dieses Jahres erlebte Bremen eine der größten Demonstrationen in seiner Nachkriegsgeschichte. 15 000 zogen zum Weserstadion, um gegen die dort stattfindende militaristische Provokation zu protestieren: ein öffentliches Rekrutengelöbnis, mit dem unter Teilnahme von Kriegsminister Apel, Alt-Nazi Carstens und einiger hoher NATO-Generäle der 25. Jahrestag des Beitritts der Bundesrepublik in den westlichen Kriegspakt abgefeiert wurde. Am Rande dieser machtvollen Demonstration kam es zu den bekannten Ausschreitungen von einigen Provokateuren.

Die Bonner Parteien haben diese Ausschreitungen mit der Friedensdemonstration zu dem Begriff „Bremer Krawalle“ zusammengerührt; ein Ausschuß des Bremer Senates wurde mit ihrer Untersuchung beauftragt, später wurde dann auch der Verteidigungsausschuß des Bundestages eingeschaltet. Aber weder der eine noch der andere Ausschuß beschäftigte sich mit den schweren terroristischen Ausschreitungen der Bremer Polizei. Hier sollen nur einige Fakten wiedergegeben werden, die von Heinrich Hannover und anderen Bremer Anwälten über den Polizeiterror gesammelt wurden.

Schon während der Auseinandersetzungen vor dem Weserstadion wurden von Polizisten „wiederholt Pflastersteine in die ungeschützte Demonstrantenmenge“ geworfen. Der Rechtsanwalt Rolf Gösner, Mitarbeiter der „Tageszeitung“ wurde im Stadion trotz sichtbar getragenem Presseonderausweis von Feldjägern mißhandelt, aus dem Stadion gezerrt und der Polizei übergeben. Die ließ Gösner regelrecht Spießruten laufen, traktierte ihn mit Tritten und Schlägen. Der Grund: Gösner hatte Polizisten beim Steinewerfen fotografiert.

Der Polizeiterror eskalierte dann, als der größte Teil der Demonstranten friedlich in Richtung Stadt abzog. Sie wurden dabei von hinten überfallen und zusammengeschlagen. Am Boden liegende Demonstranten wurden häufig noch durch Fußtritte mißhandelt. Dabei trugen viele Kriegsgegner schwere Verletzungen davon. Aber auch in den Polizei-Transportwagen und in den Wachen wurde weitergeprügelt. Besonders pervers ist dabei der Umstand, daß viele solchermaßen zusammengeschlagene Demonstranten gefesselt waren. **Die von den Bremer Rechtsanwälten gezogene Bilanz: 150 Kriegsgegner — die wohlgemerkt allesamt nicht zu den Steinewerfern gehörten — wurden zum Teil schwer verletzt.** Man kann angesichts dieser Tatsachen wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Bremer Kriegsgegner am 6. Mai den Polizeistaat in Aktion erlebt haben. Aber — wie gesagt — verschwendeten die Untersuchungsausschüsse an diesen brutalen Polizeiexzessen nicht eine Minute ihrer sich über Monate hinziehenden Tätigkeit.

Bezeichnenderweise interessierten sich die Herren in den Ausschüssen aber auch nicht dafür, von wem denn nun konkret die Provokationen (Anzündung von Bundeswehr-Mannschaftswagen usw.) ausgegangen sind. Die Herren konzentrierten ihre Tätigkeit ausschließlich auf das, was bald mit dem Wort „Volksfront-Komplex“ bezeichnet wurde. Gemeint ist damit die Tatsache, daß sich Mitglieder verschiedener Organisationen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Angehörige von kirchlichen, studentischen oder antifaschistischen Organisationen wie etwa der VOLKSFRONT gemeinsam an einer Demonstration gegen Militarismus und Krieg beteiligt hatten. **Das war für die Bonner Parteien der eigentliche Skandal, nicht die Ausschreitungen der Polizei und auch nicht die Provokationen einer Handvoll anarchistischer Elemente.**

So hatte die Tätigkeit der Ausschüsse in Bremen und Bonn eine doppelte Stoßrichtung. Zum einen sollte Munition geliefert werden für eine anhaltende Hetzkampagne gegen den „Volksfront-Komplex“, den man einfach stillschweigend für die anarchistischen Provokationen verantwortlich machte. Gleichermaßen sollte damit eine Kampagne für den weiteren Abbau demokratischer Rechte angeheizt werden, indem behauptet wurde, die „Bremer Krawalle“ hätten gezeigt, daß die staatlichen Organe die radikalen Elemente nicht mehr im Griff hätten; jetzt müßte „durchgegriffen“ werden usw. Die andere Stoßrichtung zielte darauf ab, zu klären, wie es denn möglich sei, daß sich Teile der SPD an dem „Volksfront-Komplex“ beteiligt hätten, und sicherzustellen, daß sich so etwas nicht mehr wiederholen würde.

Es liegt auf der Hand, daß in beiderlei Hinsicht die Strauß-Partei den Einpeitscher spielte. So verstieg sich etwa der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Manfred Wörner, zu der Behauptung, in Bremen hätten die Bildung einer „Volksfront“ von Jusos und Kommunisten sowie andere ähnliche Faktoren den Verfassungsschutz schon so sehr eingeschüchtert, daß er seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen würde und deshalb vor den „Bremer Krawallen“ auch nicht rechtzeitig Alarm geschlagen hätte. Wörner zur Seite traten dann auch Spitzenschnüffler aus dem Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz, die in dieses Lamento einstimmten: Sie dürften in Betrieben, Schulen und an der Universität die „verdächtigen“ Bewegungen nicht mehr genügend observieren, weil sie durch die politische Führung in Bremen daran gehindert würden.

Bemerkenswert und erschreckend zugleich war die Reaktion der SPD auf die Vorwürfe. Nicht nur, daß der Bremer Regierungschef Koschnik und sein Innensenator Fröhlich vor dem Verteidigungsausschuß eilfertig erklärten, der Verfassungsschutz könne selbstverständlich auch in den Bremer Betrieben die Arbeiter bespitzeln. Am 4. Juli trat Ernst Diekmann (SPD), Polizeipräsident der Hansestadt mit einem Papier über die Sicherheitslage in Bremen hervor, das die absurden Behauptungen von Wörner und dessen politischen Freunden noch weit übertraf. Hier einige Kernpunkte aus diesem Papier.

Die innenpolitische Situation in Bremen ist laut Diekmann „unbalanciert, ja fast zerbrechlich.“ Verbrecher würden kaum noch bestraft. Die Terror-Sympathisanten-Szene wäre „undurchsichtiger und grauer“ geworden, weil in der Öffentlichkeit zu viel Geschrei über „neue Methoden im Bereich der Datenverarbeitung“ gemacht würde. Das Verfassungspostulat der Versammlungsfreiheit würde „verzerrt, entstellt, ja offenkundig mißbraucht.“ Denn es werde viel zu viel demonstriert, selbst „Gruppenanliegen von Minderheiten werden heutzutage auf die Straße gebracht.“ Diekmanns Fazit: „Im Grunde haben wir das Demonstrationsgeschehen nicht mehr in der Hand.“

Aber nicht nur die Demonstranten machen der Polizei zu schaffen, auch die Ausländer, die nach Diekmann überwiegend kriminell sind. Und die



Bremer Friedensdemonstration

stellen nicht nur die Funktionsfähigkeit der Polizei, sondern unsere nationale Existenz in Frage. **„Es ist unter diesem Gesichtspunkt eben auch die Frage zu stellen, ob diese latente kriminelle Energie, die unter den Asylbewerbern festzustellen ist, auch hingenommen werden kann unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der eigenen nationalen Existenz.“**

Auch die Straßenverkehrsordnung in Bremen ist nach Meinung des Polizeipräsidenten „schwer erschüttert“; ebenso trostlos sieht es mit den gesundheitspolizeilichen Aufgaben aus, die „kaum noch exekutierbar sind.“ Beweis dafür: Bei Straßenfesten und politischen Veranstaltungen würden ungehemmt selbstzubereitete Lebensmittel verkauft. „Kein Mensch kümmert sich darum, ob es Kolibakterienausscheider gibt unter den Leuten, die selbstgebackenen Kuchen verkaufen...“ Überhaupt führe die „Modeerscheinung, Straßenfeste abzuhalten“, dazu, daß linke Gruppen zunehmend die Straße in Beschlag nehmen. Fazit: „Einer solchen Entwicklung ist nicht mehr Herr zu werden.“

Nachdem er festgestellt hat, daß eine zu lasche Haltung der Behörden Hausbesetzer und andere „Rechtsbrecher“ hoffähig gemacht hätte, kommt Diekmann nun noch einmal auf den Datenschutz zurück, in dem er eine besonders abscheuliche Form des Verfalls der öffentlichen Ordnung sieht. Der Datenschutz behindere nicht nur „die Informationssammlung der Ermittlungskommissariate der Kriminalpolizei“, er führe auch „fast zur Hilflosigkeit der Verwaltung.“

**So entstehe alles zusammengenommen ein „Gefühl der Allmacht des Bürgers über eine gewollte zentrale ... Verwaltung.“** Und die Politiker würden dieses Gefühl fördern, indem sie darauf verzichteten, den „Rechtsstaat“ gegenüber dem Bürger durchzusetzen. Das wiederum führe zu einem Autoritätsverlust der Politiker bei der Polizei. **„Und es muß hier ganz deutlich gesagt werden, daß nicht nur in der Bevölkerung, sondern insbesondere in der Polizei der Eindruck vom schlaffen Staat entsteht.“ Und abschließend droht Diekmann den „schlaffen“ Politikern noch offen mit Tendenzen, „die eine... Rechtswendung der Polizisten signalisieren.“**

Dieses Papier des Bremer Polizeipräsidenten, durch eine gezielte „Indiskretion“ an die Öffentlichkeit gebracht, ist die genau abgestimmte Ergänzung des Gejammers, daß die Wörner und Co. über die angeblich eingeschüchterten Geheimdienste angestimmt haben. Ausgerechnet Diekmann, der die oben in ihrer terroristischen Tätigkeit beschriebenen Knüppelhorden der Bremer Polizei am 6. Mai befehligte, ausgerechnet er gibt vor, in der Hansestadt würde die blanke Anarchie „des Bürgers“ herrschen, der gegenüber die uniformierte Staatsmacht völlig hilflos wäre. Man sollte Diekmanns Erzählungen über die gefährlichen linken „Kolibakterienausscheider“ nicht als Schwachsinn belächeln — es steckt durchaus Methode dahinter. Was der Polizeipräsident will, ist doch: Schluß mit dem Datenschutz! Schluß mit den Demonstrationen, mit Straßenfesten und anderen Regungen der Volksmassen! Er will die völlige Handlungsfreiheit der Polizei gegenüber „dem Bürger“, den Polizeistaat in der Maske des „Rechtsstaates“.

Und wie hat die „schlaffe“ SPD-Führung auf dieser Aufstand ihres Polizeichefs reagiert? Sie hat ihn nicht gefeuert, es hat nicht einmal einen Verweis, geschweige denn ein Disziplinarverfahren gegeben. Es gab, wie selbst die stockreaktionäre „Zeit“ verwundert schrieb, „nur in netter Form eine Rüge“. Und das ist ja wohl ein deutlicher Sympathiebeweis der Koschnik und Co. für den Generalangriff ihres Polizeipräsidenten auf die demokratischen Rechte.





Volksfrontler beim Unterschriftensammeln in Rüdesheim.

## Spendet für die Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

### Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

| | | |
|---|---|---|
| K.B., Dortmund | DM | 100,- |
| P.B., Köln | | 1 200,- |
| D.M., Westberlin | | 600,- |
| KPD Bergstraße | | 104,- |
| H.B., Bonn | | 50,- |
| KPD Düsseldorf | | 200,- |
| Zelle HH-Billstedt | | 400,- |
| Zelle Bremen Neustadt | | 300,- |
| P.K., München | | 1 000,- |
| Zelle Essen-Rüttenscheid | | 100,- |
| H.B., Ludwigshafen | | 50,- |
| KPD Hannover | | 1 000,- |
| M.L., Westberlin | | 200,- |
| Zelle Westberlin-Kreuzberg | | 60,- |
| H., Buxtehude | | 500,- |
| Gaststätte Jarrestadt, Hamburg | | 120,- |
| KPD Oberhausen | | 400,- |
| KPD Mülheim/Ruhr | | 300,- |
| R.B., Vilshofen | | 30,- |
| Zelle Druck/Stuttgart | | 240,- |
| Sektion Westberlin der KPD | | 5 000,- |
| Zelle Solex, Westberlin | | 300,- |
| C.A., Bremen | | 200,- |
| H.F., Lauterbach | | 100,- |
| KPD Karlsruhe | | 320,- |
| Zelle Stuttgart-Ost | | 900,- |
| KPD Frankfurt/Main | | 1 000,- |
| H. u. M.W., Bremen | | 500,- |
| Zelle Bremen-Gröpelingen | | 500,- |
| W.K., Bremen | | 200,- |
| K.R., Hamburg | | 500,- |
| Zelle Stuttgart-Gablenberg | | 400,- |
| J. u. E.T., Bielefeld | | 500,- |
| KPD Bielefeld | | 470,- |
| N.B., Dortmund | | 300,- |
| KPD Weser-Ems | | 51,- |
| KPD Westberlin | | 162,- |
| A.B., Osnabrück | | 5 100,- |
| KPD Westfalen-Lippe | | 550,- |
| KPD Buchholz | | 50,- |
| KPD Rheinland-Pfalz/Saar | | 1 602,25 |
| KPD Reutlingen | | 1 000,- |
| Geburtstag in Bochum-Bergen | | 324,- |
| M.M., Bremen | | 150,- |
| Zelle Mümmelmannsberg, Hamburg | | 550,- |
| Insgesamt | DM | 27 683,25 |
| Stand der Spendenkampagne am 1.8. | DM | 63 176,22 |

**Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.**

**Das Präsidium der VOLKSFRONT hat uns mitgeteilt, daß die Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT bis zum 12.10.80 (eine Woche nach Abschluß der Bundestagswahlen) verlängert wird, um gerade noch die heiße Phase des Wahlkampfes nutzen zu können. Das Ziel also: 400 000,— DM Spenden bis zum 12.10.80! Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zustande kommt.**

**Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).**

**Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.**

Ein Echo auf die Artikel zum Berufsverbot (RM 28 — 30)

# Kritische Sozialarbeiter unerwünscht

### Volkskorrespondenz aus Hannover

**Wie recht Ihr mit Euren Artikeln zum Thema Berufsverbot habt, zeigen folgende Fälle aus Hannover. Von Liberalisierung keine Spur! Im Gegenteil: Die Beispiele zeigen in erschreckendem Maße, wie weit es mit der Gesinnungsschnüffelei in unserem Land bereits gediehen ist.**

Ein Sozialarbeiter wurde nicht eingestellt, weil er ein antifaschistisches Flugblatt unterzeichnet hatte. Im Oktober des letzten Jahres fanden in Hannover zwei antifaschistische Wochen unter dem Motto „Rock gegen Rechts" statt. Aufgerufen hatten zahlreiche Jugendzentren, die Rote Garde, die Naturfreundejugend, die Falken, der Stadtschülerrat und eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Funktionsträger. Einem ÖTV-Mitglied wurde seine Unterschrift zum Verhängnis. Eigentlich sollte der ÖTV-Kollege als Sozialarbeiter beim Landkreis Hannover eingestellt werden.

Seine zukünftigen Mitarbeiter, seine Vorgesetzten und der zuständige Personalrat hatten sich für die Einstellung ausgesprochen. Der Kollege war bereits im Stellenplan-Entwurf für 1980 namentlich ausgedruckt.

Bis dann im letzten Moment Oberkreisdirektor Herbert Droste dazwischenfunkte: „Jemand, der so unqualifiziert den öffentlichen Dienst angreift, braucht nicht unbedingt in demselben eingestellt zu werden."

Gemeint war der antifaschistische Aufruf zu „Rock gegen Rechts", der unter anderem die herrschende Berufsverbotspraxis anprangerte.

Nicht die Mitgliedschaft in einer „radikalen" Vereinigung oder sonstige „staatsgefährdenden" Aktivitäten hatten den Bewerber verdächtig gemacht. Nein, allein seine **Kritik** an den bestehenden Verhältnissen und seine öffentlich verkündete Meinung gegen den Neofaschismus reichten aus, um ihm den Zugang zum öffentlichen Dienst zu versperren. Antifaschisten sind im Staatsdienst nicht gefragt.

***

**Der zweite Fall handelt von einem Kollegen, der seinen früheren Arbeitgeber zu kritisieren wagte und deshalb nicht in den öffentlichen Dienst genommen wurde.**

Volker C. arbeitete im Jugendmagazin „Opa Seemann" in Hannover Stöcken als Sozialarbeiter. Schon seit Jahren fordern die Kollegen in den städtischen Jugendzentren einen vierten Mitarbeiter für alle Jugendzentren. Inzwischen wurden zusätzliche Sozialarbeiter bei der vorgesetzten Behörde und bei der Polizei eingestellt. Doch die Forderungen der Kollegen stießen auf taube Ohren.

Volker C. gehörte zu den rund 20 Sozialarbeitern, die aufgrund der katastrophalen Arbeitsbedingungen 1979 den Dienst quittierten. Sie machten nicht stillschweigend den Abflug, sondern veröffentlichten in der Hannoverschen „Stadtpost" ihre Kritik an den Verhältnissen in den städtischen Jugendzentren. Anschließend bewarb sich Volker für den Justizvollzugsdienst beim Land Niedersachsen. Dort wurden dringend Sozialarbeiter gebraucht.

Volker wartet bereits seit über zehn Monaten auf seine Einstellung. Obwohl er in einem Arbeitsgerichtsprozeß Recht bekam und das Land zur Einstellung verpflichtet wurde, geschah nichts. Es hieß, Volker habe sich seinem Arbeitgeber gegenüber nicht loyal verhalten, und es sei zu erwarten, daß er dies auch künftig tue.

In Kürze findet eine Berufungsverhandlung statt. Wie recht Volker mit seiner Kritik hatte, zeigt die jüngste Entwicklung. Kurz vor den Sommerferien sickerte durch, daß wegen Stellenkürzungen ein Jugendzentrum und ein Spielpark geschlossen werden sollen. Gleichzeitig trägt man sich mit Plänen, die Sozialarbeiter durch den Erlaß neuer Richtlinien noch enger an die Leine zu nehmen.

Damit die Kollegen gegen diese Entwicklung nicht auf die Barrikaden gehen, soll offensichtlich an Volker C. ein Exempel statuiert werden.

In beiden Fällen ist diese Rechnung jedoch nicht aufgegangen. Besonders unter den in der ÖTV organisierten Kollegen regt sich tatkräftiger Widerstand. So wurde das Landesarbeitsgericht mit mehr als 2.000 Postkarten und Protestschreiben bombardiert. Zum letzten Prozeßtag organisierte die ÖTV sogar einen Bus auf ihre Kosten. Der Gerichtssaal war knackvoll. Weitere Aktionen sind geplant. Die meisten Kollegen sind sich einig: Wir werden der Jugendpflege einen heißen Herbst bereiten.

# Mietwucher — staatlich begünstigt

### Leserzuschrift aus Bremen




Mieter der Nettelbeckstraße 15

Wir wohnen im Hause Nettelbachstraße 15 in Sozialwohnungen, für die nur die sogenannte Kostenmiete erhoben werden darf, für die wir aber bis zu 10 Mark pro Quadratmeter zahlten. Nach unseren Schätzungen betrugen die Überhöhungen bis zu 100 Prozent. Daher wurde als erstes dem zuständigen „Amt für Wohnungs- und Städtebauförderung" ein Einschreiben zugesandt, in dem es aufgefordert wurde, die Miethöhe zu überprüfen. Die vom Amt brachten nichts anderes fertig, als unser Einschreiben unter irgendeinem Aktenberg verschwinden zu lassen. Auf unsere Anrufe hin erhielten wir die Antwort: „Es ist nicht auffindbar." Wir wußten jedoch schon damals: Wer Ämtern traut, hat auf Sand gebaut.

Daher hatten wir gleichfalls einen engagierten Anwalt genommen, der sein Herz dort hat, wo es hingehört: nämlich links. Gleichzeitig ließen wir bei der VOLKSFRONT — einer von uns ist Mitglied — zum Selbstkostenpreis 1000 Flugblätter drucken, mit dem unsere Nachbarn und die Nachbarn der Vermieterin informiert wurden. Das Flugblatt ließen wir dem besagten Amt zukommen — mit Angabe der Auflage. Plötzlich war unser Einschreiben wieder auffindbar.

Unsere Aktivitäten füllten über vier Monate aus. Jetzt haben wir das Amt gezwungen, mit dem Vermieter in Verbindung zu treten und uns eine Mietsenkung zwischen 50 und 100 Mark zuzusichern. Ebenfalls soll uns die zuviel gezahlte Miete von insgesamt ca. 5000 Mark zurückerstattet werden.

„Wissenschaftler" über Atomkriegsfolgen

# Alles halb so wild?

### Volkskorrespondenz aus Frankfurt

**Im „Stern" 27/80 hat ein Schreiberling namens Wolf Perdelwitz in einem Kommentar zum Thema Zivilschutz in der BRD Stellung genommen. Seine Schlußfolgerung: Ein verstärkter Zivilschutz sei Kriegstreiberei, gefährde die „Entspannung" zwischen Ost und West. Wie das?**

Betrachten wir zunächst, welche Folgen ein atomarer Krieg für die Bevölkerung haben kann.

Im Mai vorigen Jahres veröffentlichte ein J. C. Green im Auftrag des amerikanischen Zivilschutzes einen Forschungsbericht, der in der „Münchner Medizinischen Wochenzeitschrift" (Nr. 36/1979) auszugsweise wiedergegeben wurde.

Green kommt hier zu dem Schluß, „daß bei einem Atomangriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika ungefähr die Hälfte der Bevölkerung überleben würde, ein Drittel der Bevölkerung sogar unverletzt, während ein Sechstel an den Folgen von Brandverletzungen und Strahlenschäden leiden wird." — Weiter beschreibt der Bericht die USA nach einem erfolgten Atomangriff folgendermaßen: „Die Bevölkerung beträgt ungefähr 100 Millionen Einwohner, sie ist hauptsächlich in ländlichen Arealen ansässig, die Geschlechtsverteilung bleibt gleich, es verringert sich jedoch der Prozentsatz der älteren und sehr jungen Bevölkerungsanteile (diese sind strahlenempfindlicher); die durchschnittliche Lebenserwartung ist um ca. 5 Jahre verkürzt; es besteht ein Mangel an Ärzten, Krankenhäusern . . . Viele Männer sind oder werden bald vorübergehend steril sein. . . . Ca. 70 Prozent der Wirtschaftskapazität sind zerstört oder schwer geschädigt. Die verbleibenden 30 Prozent werden für lange Zeit nicht mehr betreibar sein, bis die Strahlenkontaminationen abgeklungen sind. Das gleiche betrifft auch die Landwirtschaft."

Zurück zu Wolf Perdelwitz und seinem Zivilschutz-Artikel. Die verheerenden Folgen eines Atomkrieges sind sicher auch dem „Stern" und Herrn Perdelwitz nicht unbekannt. In der Bundesrepublik wären die Folgen sogar noch viel katastrophaler als in den USA, denn hier leben die Menschen auf viel engerem Raum. Die Bundesregierung jedoch ist untätig, wenn es um den zivilen Bevölkerungsschutz geht. Diese Haltung wird vom „Stern" nur bestärkt, wenn er sich gegen einen verstärkten Zivilschutz wendet. Herrn Perdelwitz muß man zurecht „einer Beteiligung am Verbrechen der Schutzverweigerung, welches die Bundesregierung ständig begeht, bezichtigen" — wie es J. Hammer, Bundesvorsitzender der Bürgerinitiative Selbstschutz vor dem Atomtode e.V., in seiner Leserzuschrift an den „Stern" (30/80) tut.

Zurück zu J. C. Green. Nachdem dieser Forscher ein düsteres, vermutlich aber realistisches Bild von den USA nach einem Atomkrieg gemalt hat, fühlt er sich trotzdem verpflichtet, für die Überlebenden Optimismus zu verbreiten:

Der Forscher meint, an Lebensnotwendigem würde es nicht mangeln, denn es „werden im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Nahrungsmittel überleben". Auch wenn die Wasserzufuhrsysteme unterbrochen sind, ist das lange noch kein Beinbruch; die Analyse zeigt, „daß in den meisten Fällen genügend Trinkwasser zur Verfügung stehen müßte, und zwar in Form von Wasser in den Heizkörpern, sanitären Anlagen etc." Ein Hoch auf die Wasserspülung! Und: „Die Strahlenverseuchung von Nahrungsmitteln erscheint als kein unlösbares Problem. Mit einfachen Vorsorgemitteln (Geigerzähler)" — den hat wohl jeder Amerikaner im Kühlschrank? — „läßt sich die Einnahme von Verseuchtem vermeiden."

Epidemien und Krankheiten sind nach J. C. Green auch keine Gefahr. „. . . Präparate für die Veterinärmedizin können im Notfall in der Humanmedizin eingesetzt werden." Ebenso sind Strahlenschäden und genetische Schäden eher ein „Hintergrundgeräusch" der Atomkriegsfolgen. Ungeheuer würden „nicht plötzlich auftreten". Das beruhigt ja — ebenso wie die weitere Einschätzung: „Bei einer errechneten durchschnittlichen Strahlenbelastung von 100 Rö sind bei der überlebenden Bevölkerung jährlich hochgerechnet 40.000 zusätzliche Fälle von Leukämie und anderen Krebserkrankungen zu erwarten. Das Risiko beträgt damit 4 auf 10.000. Dasselbe Risiko tragen in unserer westlichen Gesellschaft heute alle, die jährlich 300 Zigaretten rauchen, 40.000 km Auto fahren, 10 Stunden hochalpin klettern sowie alle Personen über 65 Jahren."

Na also. Wer raucht und Auto fährt soll nicht über einen Atomkrieg meckern!




Viel mehr als Jodtabletten hat der Staat gegen den Atomtod nicht aufzubieten.





**Kauft die VOLKSFRONT-Broschüre über Strauß. Hier wird auf 40 Seiten in leicht verständlicher Sprache, mit Dokumenten und Schaubildern ein prägnantes Bild über Strauß und sein Programm gezeichnet. Die Broschüre kostet 1,50 Mark und ist zu bestellen bei: VOLKSFRONT (Bundesgeschäftsstelle), Michaelstr. 18, 4300 Essen 1.**

**Abonniert das Zentralorgan der KPD**

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Ansonsten werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

**Bestellt Informationsmaterial der KPD**

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum:.......... Unterschrift:..........
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

### 15 albanische Genossen auf dem IV. Internationalen Jugendlager

# „Wir fühlen uns, als ob wir in Albanien wären!"

### „Roter-Morgen"-Interview mit der Delegationsleiterin

**Am Dienstag, den 22. Juli, trafen 15 albanische Genossen, eine Delegation des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens (VdJAA), auf dem IV. Internationalen Jugendlager ein. Unser Redakteur Johannes Vetter hatte am darauffolgenden Sonntag früh Gelegenheit, ein kurzes Gespräch mit der Delegationsleiterin Genossin Valdete Sala zu führen. Genossin Valdete Sala ist Sekretärin des Zentralkomitees des VdJAA.**





Johannes Vetter im Gespräch mit Valdete Sala.

***Roter Morgen*: Genossin Valdete, wenn man das hochoffizielle Wort Delegation hört, dann denkt man in der Regel an eine Gruppe hochkarätiger Funktionäre. Kannst Du unseren Lesern berichten, wie die Delegation des VdJAA zusammengesetzt ist, was es für Genossen sind, die der albanische Jugendverband nach Deutschland entsendet hat?**

**Valdete Sala:** Von den 15 Genossen unserer Delegation sind lediglich 4 Genossen Funktionäre des Jugendverbandes. Da ist z.B. die Genossin Dese Jako, Mitglied des Büros des Zentralkomitees des Jugendverbandes und erste Sekretärin im Bezirk Shkoda. Ein anderer Genosse ist erster Sekretär des Jugendverbandes im Bezirk Kukes, er heißt Bashkim Zeneli. Der Genosse Qemal Minxhozi ist Leiter der Auslandsabteilung beim ZK der VdJAA.

Die anderen Genossen kommen von den verschiedenen Arbeitsfronten. Unter ihnen befindet sich die Genossin Pranvera Novi, die auf dem letzten Jugendkongreß in das ZK-Plenum des VdJAA gewählt wurde. Die anderen sind einfache Genossen ohne irgendeine politische Funktion, z.B. die Genossin Irma Libehova, die bis vor einem halben Jahr Arbeiterin war und jetzt Mitglied des Ensembles für Volkslieder und Volkstänze ist oder den proletarischen Genossen Guri Selmani. Dann haben wir noch einen Lehrer und zwei Studenten dabei. Genosse Niko Treni ist der Kameramann und Genosse Petraq Risto ist der Reporter unseres Zentralorgans „Stimme der Jugend".



**Genossin Valdete Sala, Sekretärin des ZK des VdJAA.**

***Roter Morgen*: Ihr seid jetzt den sechsten Tag hier. Wie ist euer vorläufiger Eindruck vom Jugendlager?**

**Valdete Sala:** Obwohl wir schon einige Tage hier sind, bin ich immer noch tief bewegt und beeindruckt vom Empfang bei den ersten Tages. Als wir in Trier auf dem Bahnhof eintrafen, hörten wir sofort zwei in Albanien sehr verbreitete populäre Lieder, eins über den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und ein anderes über den Genossen Enver Hoxha. Wir fühlten uns, als ob wir in Albanien wären. Das war also der erste Empfang.

Als wir das Lager erreichten, herrschte eine Stimmung, wie man sie sich überhaupt nicht vorstellen kann. Ich meine: Wenn wir Albaner so warmherzig empfangen werden, so ist das nicht nur für uns persönlich sehr beeindruckend, sondern politisch auch sehr bedeutungsvoll. Denn das sozialistische Albanien verkörpert den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion.

***Roter Morgen*: Eben haben mir verschiedene Genossen erzählt, daß ihr an einem der letzten Tage mit deutschen und ausländischen Genossen über den sozialistischen Aufbau in Albanien und über euren Jugendverband diskutiert habt. Welchen Eindruck hat diese Diskussion bei euch hinterlassen?**

**Valdete Sala:** Wir schätzen diese Diskussion folgendermaßen ein: Das Interesse für den Sozialismus war vor allem in Hinsicht auf **konkrete Probleme** vorhanden. Wir meinen, daß insbesondere konkrete Fragen ein großes Interesse am Sozialismus dokumentieren. Die Genossen wollten nicht nur hören, wie es im Sozialismus aussieht, sie wollten auch erfahren, wie man daraufhinarbeitet. Das würdigen wir sehr, denn der Sozialismus ist — wie Genosse Enver Hoxha sagt — ein Problem, das zur Lösung ansteht.

***Roter Morgen*: Wie beurteilt ihr das politische Niveau des IV. Internationalen Jugendlagers?**

**Valdete Sala:** Es ist selbstverständlich, daß mit den Jahren mehr und mehr Fortschritte zu verzeichnen sind. Ich möchte das IV. Internationale Jugendlager mit dem zweiten in Portugal vergleichen. Auch das II. Jugendlager hatte einen antiimperialistischen und antifaschistischen Charakter und erfüllte dieses Programm erfolgreich. Jetzt können wir bemerken, daß sich die revolutionäre, die fortschrittliche Bewegung weiterentwickelt hat. Das ist unübersehbar.

***Roter Morgen*: Waren Genossen eurer Delegation schon einmal in Deutschland?**

**Valdete Sala:** Unsere 15 Genossen sind zum ersten Mal in Deutschland. Schon vor der Abreise aus Albanien freuten wir uns sehr, auch Trier, die Geburtsstadt von Karl Marx besuchen zu können. Als wir schließlich in Trier eintrafen, gab es für uns zwei Eindrücke, die eng miteinander verbunden waren. Da war auf der einen Seite der außergewöhnliche Empfang, von dem ich bereits berichtet habe und auf der anderen Seite die äußerst erfreuliche Tatsache, daß wir im Geburtsort von Karl Marx angekommen waren.

Es gibt noch andere Gründe, die unsere Ankunft in Deutschland für uns so wichtig machen. Wir kommen so näher mit den Genossen der Roten Garde zusammen. Euer kommunistischer Jugendverband ist ein Ausdruck der großen Arbeit, die die KPD unter der Jugend geleistet hat. Es gibt viele Dinge, die das Jugendlager für uns so interessant und beeindruckend machen. Man kann keine Worte finden, um das alles auf einmal zu sagen.

***Roter Morgen*: Was interessiert euch persönlich vor allem an diesem Jugendlager?**

**Valdete Sala:** Wir bemühen uns, so viele Veranstaltungen wie möglich zu besuchen. Wir haben bei den bisherigen Treffen mit ausländischen Genossen beobachten können, daß sie die Anwesenheit unserer Delegation sehr begrüßen.

Aber für uns ist es auch von großem Interesse, zu sehen und zu begreifen, wie die Jugend den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion organisiert und führt. Wir interessieren uns dafür nicht nur im theoretischen Bereich, wir wollen erfahren, wie die Jugend ihren Kampf in die Tat umsetzt, wie sie diesen Kampf mit konkreten Aktionen verbindet. Wir können gar nicht genug von diesen Erfahrungen hören, denn wir wollen von ihnen lernen.

Allerdings ist das Interesse am sozialistischen Albanien auch sehr groß und die Genossen fragen und fragen, so daß wir unsererseits kaum Zeit finden, auch einmal Fragen über ihren Kampf und ihre Erfahrungen zu stellen.

***Roter Morgen*: Ich habe den Eindruck, daß ihr ständig unterwegs seid, sozusagen von Termin zu Termin jagt. Und auch dieses Gespräch hat bereits um 8 Uhr angefangen, obwohl ihr noch der Veranstaltung der Genossen aus der Türkei bis 3 Uhr in der Frühe beigewohnt habt. Kommt ihr hier in Thiergarten überhaupt zum Schlafen?**

**Valdete Sala:** Es ist klar, daß hier im Lager nicht alles wie im Alltag läuft. Doch kennen wir keine Müdigkeit, wenn wir mit Genossen sprechen und über verschiedene Probleme diskutieren. Die Müdigkeit bemerken wir nur, wenn wir gerade einmal Luft zwischen zwei Terminen haben.

Ich möchte noch eine Begebenheit erwähnen, die alle Genossen unserer Delegation sehr beeindruckt hat. Zum Glück trafen wir schon am ersten Tag mit Genossen Ernst Aust zusammen. Er sprach zu unserer Ankunft. Dabei konnten wir beobachten, daß er große Liebe und Achtung unter den jungen Genossen genießt!

***Roter Morgen*: Ich bedanke mich herzlich für das Gespräch. Bitte grüßt eure Delegation im Namen der Redaktion des „Roten Morgen". Besondere Grüße richtet bitte dem Genossen Petraq Risto aus, der als Reporter der Jugendzeitschrift „Stimme der Jugend" gewissermaßen unser Berufskollege ist.**

### Das IV. Internationale Jugendlager ist zu Ende

# Abschlußveranstaltung dauerte bis in den frühen Morgen

### Der KPD-Vorsitzende sprach auf der Antikriegsveranstaltung

**THIERGARTEN.— Zu einem weiteren Höhepunkt des IV. Internationalen Jugendlagers kam es am Mittwoch, den 30. Juli. Auf der Großveranstaltung gegen den Krieg sprach Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD. Am darauffolgenden Donnerstag diskutierte Genosse Ernst Aust mit etwa 250 Jugendlichen über die wachsende Kriegsgefahr und den kürzlich erschienenen Friedensplan unserer Partei.**

Die große Antikriegsveranstaltung am Mittwoch, den 30. Juli, begann etwas später als angekündigt; der Thiergartener Fußballverein, der trotz Druck und Schikane dem Jugendlager seinen Fußballplatz zur Verfügung gestellt hatte, absolvierte am frühen Abend ein Freundschaftsspiel. Zu diesem Spiel waren an die 200 Schlachtenbummler aus dem IV. Internationalen Jugendlager erschienen. Das war natürlich Grund genug, den Beginn der Großveranstaltung um einiges hinauszuzögern.

In den umliegenden Dörfern war zuvor eine umfangreiche Propagandatätigkeit für die Friedensveranstaltung entfaltet worden, sodaß am Mittwoch abend wie auch schon zu anderen Gelegenheiten zwischen 50 und 80 „Hunsrückern" erschienen waren. Mit von der Partie waren Monika und Peter Witte, die zur Gitarre Lieder gegen den Krieg sangen, zum großen Teil mit Texten von Brecht, Tucholsky und Weinert.

Weiter traten auf die Gruppe „Zeitzünder" aus Düsseldorf und ein von den kanadischen Genossen aufgebauter internationaler Lagerchor.

In seiner Rede, die von der Jugend aus aller Welt begeistert begrüßt wurde, ging Genosse Ernst Aust auf die politische Linie der KPD im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ein, erläuterte vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus die verschiedenen Faktoren, die für das Wachsen der Kriegsgefahr in der heutigen Zeit verantwortlich sind und erklärte, daß der weltweite Sturz des Imperialismus notwendig ist, um die Ursache der Kriegsgefahr vollständig zu beseitigen.

Im Kampf für den Frieden sei es unbedingt erforderlich, auch jene Menschen zu gewinnen, die heute noch nicht auf dem Standpunkt der sozialistischen Revolution stehen, die aber unverzichtbare Bündnispartner im Kampf zur Verteidigung des Friedens sind. Ein wichtiges Mittel, gerade jenen Menschen eine klare Perspektive im Friedenskampf zu vermitteln ist der kürzlich vom Zentralkomitee verabschiedete Friedensplan „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden".

Nachdem am Mittwoch vormittag schon eine Diskussion der Roten Garde zur Vorbereitung des Antikriegstages am 1. September stattgefunden hatte, stand der Genosse Ernst Aust am Donnerstag den Lagerteilnehmern für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Hierbei ging es vor allem um den Friedensplan, seine Bedeutung für Partei und Jugendverband und die Möglichkeit, mit Hilfe des Friedensplans eine große organisatorische Arbeit unter den Werktätigen leisten zu können.

Am Samstag schließlich war es soweit, der letzte Tag war angebrochen. Noch einmal versammelten sich alle Lagerteilnehmer im Festzelt. Die Lagerleitung verabschiedete die Delegationen, die Delegationen richteten noch einmal Grußworte an die Rote Garde, die Lagerleitung bedankte sich bei allen Freunden, Genossinnen und Genossen, die mit großem Einsatz mit dazu beigetragen hatten, das IV. Internationale Jugendlager erfolgreich durchzuführen.

Die Abschlußveranstaltung ging bis in den frühen Morgen. Auf der Bühne gaben sich noch einmal alle anwesenden Kulturgruppen ein Stelldichein. Noch einmal konnte man die Lieder der albanischen Genossen bewundern, noch einmal ertönten die Klänge aus dem fernen Surinam und anderen Ländern, die Gruppe "Blinkfüer" aus Hamburg trat noch einmal auf. Und ähnlich wie bei der Eröffnungsveranstaltung sang man bis zum frühen Morgen gemeinsam die Lieder, die im Kampf der Werktätigen der ganzen Welt entstanden sind. Dabei sind die Sprachen verschieden, doch Melodien und Gesinnung sind identisch. Genauso wie das Einheitsfrontlied oder das Solidaritätslied in der ganzen Welt Verbreitung gefunden hat, wie es überall von der fortschrittlichen Jugend gesungen wird, genauso ist die Jugend im weltweiten Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg vereint. Diese Einheit weiter zu vertiefen war Aufgabe des IV. Internationalen Jugendlagers. Und diese Aufgabe hat es voll erfüllt. Es war ein kleiner Schritt in diese Richtung, dem weitere Schritte folgen werden. Am Ende dieses Weges steht der weltweite Sturz des Imperialismus.

## Gnadenloser Konkurrenzkampf auf dem Automarkt

# Zerstört die japanische Offensive unsere Arbeitsplätze?

## Kapitalisten propagieren neues Feindbild

**In der Nacht zum vergangenen Dienstag wurde auf eine japanische Autovertretung in der Nähe von Hannover ein Brandanschlag verübt. Wen könnte ein solches Attentat heute noch überraschen? Geht doch seit Wochen und Monaten ein propagandistisches Trommelfeuer gegen „die Japaner" auf unser Land nieder: Sie überrollen uns mit ihren Autos; sie „fressen uns auf mit Haut und Haaren" (Henry Ford); sie gefährden Hunderttausende von Arbeitsplätzen (Daimler-Boß Reuter).**

Lambsdorff: Deutsche Autowerker sollen mehr arbeiten.

Die Springer-Presse — immer schon das schrillste Sprachrohr der Bosse — knüpfte an fast schon vergessene Hetzparolen des deutschen Imperialismus an. Wurden in den Tagen Kaiser Wilhelms die Werktätigen auf eine „gelbe Gefahr" eingeschworen und in Kolonialkriege gegen China gehetzt, so sehen Springers rassistische Tintenkulis heute ein „gelbes Fieber" grassieren, mit dem erbarmungslos Schluß gemacht werden müßte. Kein Zweifel: Die kapitalistischen Haie in der Bundesrepublik, ihre Politiker und Ideologen, haben wieder einmal ein Feindbild, das sie in den gräßlichsten Farben ausmalen.

In diesem Frühjahr wurde den Werktätigen eine „afghanische Lohnrunde" aufgezwungen — „Afghanistan" mußte herhalten, um das teilweise Aussetzen der geplanten Steuererleichterungen zu begründen. Und man kann jetzt schon voraussagen, daß die Bosse aus den nächsten Taifverhandlungen eine „japanische Lohnrunde" machen werden. **Die grundlegende Richtung dafür haben die Bonner Politiker vom Schlage des Grafen Lambsdorff — unter Berufung auf die japanische Konkurrenz — jetzt schon abgesteckt: weniger fordern — mehr arbeiten.**

Was ist wirklich dran am japanischen Vordringen auf dem PKW-Markt? Ist dieses Vordringen die Ursache für die krisenhafte Entwicklung in der westdeutschen Autoindustrie? Wie sollen sich die Werktätigen gegenüber der Offensive „der Japaner" verhalten? Auf diese Fragen wollen wir hier näher eingehen.

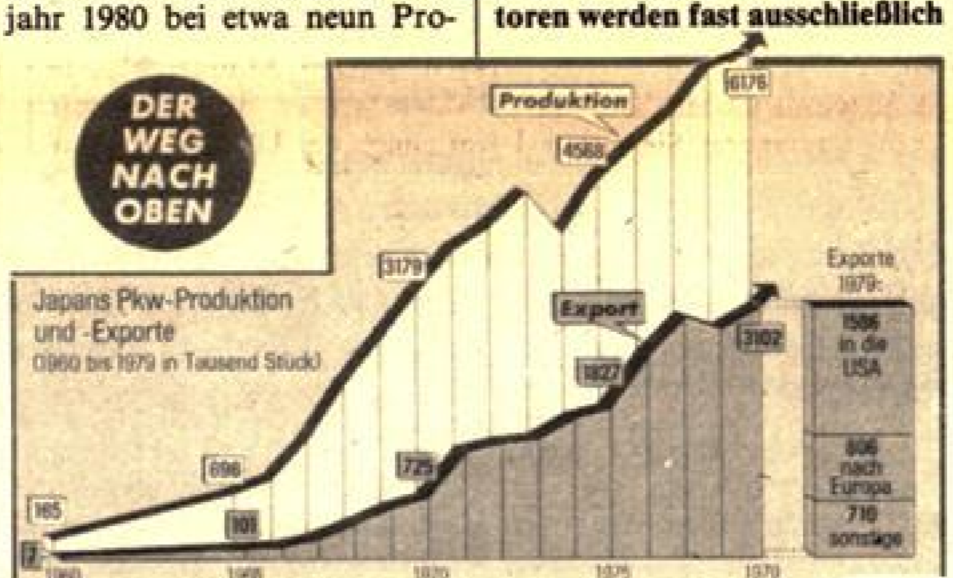
### 51 Autos pro Arbeiter und Jahr

**Tatsache ist zunächst einmal, daß Japan gegenwärtig an der Spitze der Autoproduktion in der westlichen kapitalistischen Welt liegt. Für 1980 ist zu erwarten, daß dort 11 Millionen Autos von den Bändern laufen,**

Corolla-Produktion bei Toyota

**während die Produktion in den USA deutlich unter 10 Millionen bleiben wird (Bundesrepublik: 3,8 Millionen).** Tatsache ist weiter, daß die japanischen Monopole in den letzten Monaten ihre Exporte sprunghaft erhöhen konnten. Toyota beispielsweise, das jetzt hinter dem US-Konzern General Motors auf Platz 2 in der Weltrangliste der Autokonzerne liegt, hat in diesem Mai 163 100 Wagen ins Ausland verschifft. Das sind 51 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Nissan/Datsun konnte den Export um 41 Prozent erhöhen, ähnliche Zahlen haben auch die anderen japanischen Autohersteller vorzuweisen.

In der Bundesrepublik haben die Autokonzerne aus Japan ihren Marktanteil innerhalb eines Jahres verdoppeln können; er lag im ersten Halbjahr 1980 bei etwa neun Prozent. Wie sind diese erstaunlichen Verkaufserfolge möglich gewesen? Eine erste Antwort darauf findet man, wenn die Preise der japanischen mit den entsprechenden westdeutschen Wagen verglichen werden. So kostet etwa der Toyota Corolla in der BRD 10 640 Mark. Für den VW Golf aber, der ihm an Leistung und Ausstattung entspricht, müßte der Käufer einen guten Tausender mehr bezahlen, nämlich 11 700 Mark.




Nun ist das keineswegs ein Dumping-Preis, also ein Preis, der unter den Produktionskosten liegen würde. In Japan kostet der Corolla umgerechnet 5 900 Mark. Wenn man auf diesen Preis die hohen Transportkosten von etwa 800 Mark, den Einfuhrzoll in Höhe von elf Prozent und andere Preisfaktoren aufschlägt, bleibt für die Toyota-Bosse immer noch ein außerordentlicher Profit. Die japanischen Verkaufserfolge müssen also nicht in den Verkaufspreisen, sondern in den Produktionskosten gesucht werden. Und hier gibt es allerdings bemerkenswerte Unterschiede zu den anderen kapitalistischen Ländern.

Nach Angaben von Toyota sind dort 1977 pro Arbeiter 51,3 Autos produziert worden. Bei VW in Westdeutschland dagegen waren es nur 12,3 Autos, bei General Motors in den USA sogar nur 9,6. Wie ist diese außerordentlich hohe Produktivität zu erklären? **Die japanischen Monopole haben die Autoindustrie in einem Maße durchrationalisiert, das heute weltweit einzig dasteht. Die Rohkarosserien und die Motoren werden fast ausschließlich automatisch gefertigt; gegenwärtig wird darüber hinaus auch die Automatisierung der Endmontage in Angriff genommen.** Die Arbeitshetze in den japanischen Autobetrieben hat ein Ausmaß, daß der VW-Betriebsrat Mogwitz nach einem Besuch bei Honda sagte: „Bei diesen Bandgeschwindigkeiten würden bei uns die Brocken fliegen."

Zudem liegen die Löhne der japanischen Autoarbeiter um ungefähr ein Drittel unter denen ihrer westdeutschen Kollegen. Und die jährliche Arbeitszeit in Japan liegt um 20 Prozent über der in der Bundesrepublik. Das alles sind einige der wesentlichen Gründe dafür, daß die japanischen Autokapitalisten niedrigere Produktionskosten haben als ihre Konkurrenten in der BRD, in den USA, Frankreich usw. Und aufgrund dieser geringeren Produktionskosten können sie auf dem Weltmarkt die Preise der Konkurrenz unterbieten, ohne dabei Profitverluste hinnehmen zu müssen.

### Senkt VW die Preise?

Aber wie sieht das nun konkret in der Bundesrepublik aus? Die Ideologen des Kapitalismus haben uns ja stets eingebläut, die Marktpreise würden sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage regulieren. Gemäß dieser Logik müßten jetzt die Preise bei VW, Opel, Daimler oder Ford unter dem Druck der japanischen Offensive geradezu einen Sturzflug nach unten machen. Diese Monopole haben in den letzten Jahren ja in schöner Regelmäßigkeit Gewinne in Milliardenhöhe eingefahren, drastische Preisnachlässe würden sie also kaum vor Probleme stellen.

Hier zeigt sich jedoch wieder einmal die tiefe Kluft zwischen der Ideologie der „sozialen Marktwirtschaft" und der Wirklichkeit des Kapitalismus. In diesem Gesellschaftssystem dient die Produktion nicht der Erfüllung von Bedürfnissen der Menschen, sondern ausschließlich der Profitmaximierung in den Händen der kapitalistischen Eigentümer. **Was sich heute auf dem Automarkt abspielt, ist nicht ein Angriff „der Japaner" gegen „uns", sondern ein erbitterter Konkurrenzkampf der Monopole, bei dem alle Beteiligten ihre Profite nicht nur sichern, sondern auch erweitern wollen; ein Konkurrenzkampf, der letztlich auf dem Rücken der Autoarbeiter — der japanischen wie der westdeutschen oder amerikanischen — ausgetragen wird.** Letzteres zeigt sich sehr deutlich an den Abwehrmaßnahmen, die jetzt hierzulande gegen die japanische Offensive vorbereitet werden.

### Loderer für „freien Welthandel"

Zunächst ist die naheliegendste Maßnahme ausführlich diskutiert worden, nämlich die Errichtung von staatlichen Einfuhrschranken für japanische Autos. Kleinere kapitalistische Staaten haben in dieser Hinsicht schon gehandelt: Spanien etwa hat die Grenzen für japanische Autoimporte ganz geschlossen. In der Bundesrepublik dagegen haben Autobosse ebenso wie IGM-Führer in bemerkenswerter Übereinstimmung solche Maßnahmen verurteilt. Beide machten sich in den letzten Wochen wiederholt zu Fürsprechern eines „freien Welthandels", der nicht durch Erhöhung der Einfuhrzölle, staatlich verordnete Importkontingente usw. beeinträchtigt werden dürfte. Stattdessen sollten die japanischen Monopole zu einer Selbstbeschränkung bei ihren Exporten in die Bundesrepublik bewegt werden. In diesem Sinne hat auch Lambsdorff die Verhandlungen während seines Japanbesuches vor einigen Wochen geführt und dabei nach Angaben der bürgerlichen Presse auch entsprechende Zusicherungen vom neuen japanischen Regierungschef Suzuki bekommen.

Der Grund für die Ablehnung von Handelsbeschränkungen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß auch die westdeutsche Autoindustrie zu über 50 Prozent für den Export produziert. Ähnliches gilt auch für andere Industrien. Den gigantischen Kapitalzusammenballungen in unserem Land steht ein relativ enger innerer Markt gegenüber. **Deshalb sind gerade die westdeutschen Monopole auf einen möglichst ungehinderten Warenexport bei der Realisierung ihrer Profite angewiesen. Und sie befürchten natürlich zu Recht, daß Beschränkungen der japanischen Einfuhr eine Kettenreaktion auf dem Weltmarkt auslösen könnten, in deren Verlauf andere Länder zu ähnlichen Maßnahmen gegen die westdeutschen Exporte greifen würden.**

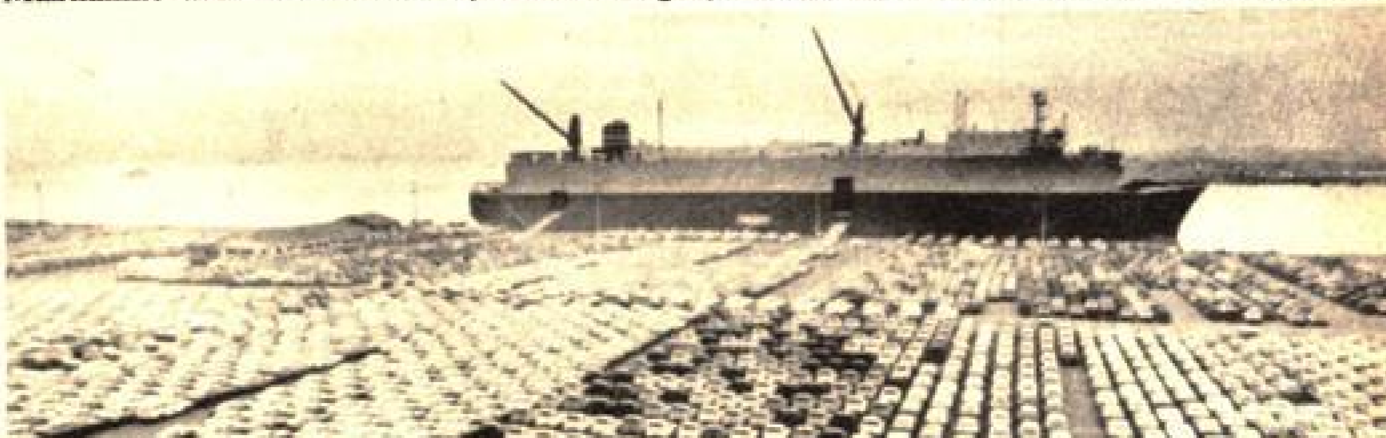
Statt also beispielsweise die weitere Erhöhung der Einfuhrzölle zu verlangen, wollen die westdeutschen Automonopole jetzt verstärkt auf dem internationalen Markt expandieren. Bezeichnend dafür ist eine winzige Meldung, die zu Beginn des Monats in der bürgerlichen Presse erschien, und die in der allgemeinen Hysterie fast unterging: **Wie VW-Boß Schmücker bestätigt, verhandelt der Wolfsburger Konzern zur Zeit mit der Pekinger Regierung über die Aufnahme der VW-Produktion in China.** Bemerkenswert ist diese Meldung auch deswegen, weil sie die unterschiedliche Konzernstrategie der westdeutschen und der japanischen Monopole veranschaulicht.

Während etwa Toyota hauptsächlich auf den Warenexport setzt, also auf die Ausfuhr der in den oben beschriebenen Bedingungen in Japan produzierten Autos, spielt für VW der Kapitalexport eine wesentlich wichtigere Rolle. Heute schon betreibt der Konzern 20 Werke in aller Welt, die zum Teil ihrerseits Autos exportieren. Es ist bekannt, daß die Wolfsburger Bosse lange Zeit die Errichtung eines Werks in Südkorea geplant haben. Dort hätten sie die Bedingungen vorgefunden, die auch für die VW-Filialen in Südafrika oder Brasilien kennzeichnend sind: äußerst niedrige Löhne und eine faschistische Diktatur, die jeden gewerkschaftlichen Widerstand im Blut erstickt. Südkorea aber — so konnte man aus Wolfsburg hören — ist den Bossen zu unsicher geworden. Mit dem Klasseninstinkt der kapitalistischen Blutsauger haben sie wohl das Herannahen der Volksrevolution in diesem Land gespürt.

Und jetzt gehen sie nach China, wo die Pekinger Revisionisten mehr Sicherheit bieten können als die Faschistenclique in Südkorea. **Es liegt natürlich auf der Hand, daß VW nicht zuletzt deshalb so dringend einen Standort in Ostasien gesucht hat, um von dort aus den japanischen Markt anzugreifen.** Durch Exporte aus seinen westdeutschen Werken nämlich könnte sich der Konzern dort nicht festsetzen. Der Golf zum Beispiel wird gegenwärtig in Japan für den dreifachen Preis des vergleichbaren Toyota Corolla verkauft. Auf der Basis der extrem niedrigen chinesischen Löhne jedoch können sich die Wolfsburger Bosse durchaus Chancen auf dem japanischen Markt ausrechnen. Und vielleicht lassen dann die Bosse von Toyota, Honda usw. eine Kampagne gegen „die Deutschen" anrollen.

### Wird der amerikanische Markt dichtgemacht?

In dem gnadenlosen Konkurrenzkampf zwischen den europäischen, amerikanischen und japanischen Autoriesen werden sich früher oder später auch die oben erwähnten zwischen Lambsdorff und Suzuki vereinbarten Selbstbeschränkungen des japanischen Autoexports in Luft auflösen. Denn die innere Dynamik dieses Kampfes zwingt den Kapitalisten bei Strafe des Verlustes von Profiten die ständige Erweiterung der Produktion und die rücksichtslose Eroberung fremder Märkte auf. Ebensowenig wie Selbstbeschränkungen wird sich der von Loderer und den westdeutschen Autobossen geforderte „freie Welthandel" aufrechterhalten lassen.



Verladung japanischer Autos

Ein untrügliches Zeichen dafür sind die neuesten Entwicklungen in den USA. Hier fordert nämlich Loderers Kollege, der Chef der Autoarbeiter-Gewerkschaft Fraser, genau das Gegenteil von dem, was der

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

IGM-Boß will. Fraser verlangt in Übereinstimmung mit den amerikanischen Automultis die Erhöhung der Importzölle von 2,9 auf 20 Prozent. Darüber hinaus hat seine Gewerkschaft vor zwei Monaten ein offizielles Untersuchungsverfahren gegen japanische Autoimporte angestrengt. (Ähnliche Verfahren sind gegenwärtig auch in anderen amerikanischen Krisenbranchen anhängig, so zum Beispiel bei Stahl, wo erwartet wird, daß dieses „Anti-Dumping-Verfahren" zum völligen Stop der Stahlimporte aus Europa und Japan führen wird).

Die unterschiedliche Haltung der amerikanischen und westdeutschen Kapitalisten in der Frage der Handelsbeschränkungen erklärt sich daraus, daß die amerikanischen Monopole über einen bedeutenden inneren Markt verfügen, also nicht in dem Maße auf Exporte angewiesen sind wie ihre europäischen oder japanischen Konkurrenten. Zugleich ist aber dieser amerikanische Markt der mit Abstand größte und bedeutendste der kapitalistischen Welt. Sollten sich also die erwähnten Forderungen von Fraser durchsetzen und dieser Markt für die ausländischen Automonopole weitgehend gesperrt werden, dann wären die Folgen nicht nur eine drastische Verschärfung der Konkurrenz und der Krise in der internationalen Autoindustrie, sondern auch eine weitere Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft.

## Umwälzungen in der Autoproduktion?

Die Antwort auf die japanische Offensive beschränkt sich für die amerikanischen und europäischen Automonopole jedoch nicht auf zunehmende Abschottung des eigenen Marktes (wie in den USA) oder auf Verstärkung des Kapitalexports (wie wir es bei VW gesehen haben). **Die japanische Offensive ist ein Ausdruck der für den Kapitalismus typischen ungleichmäßigen Entwicklung.** Lenin sagte darüber: "Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige, einzelner Länder **sind unter dem Kapitalismus unvermeidbar."**

Gezwungen durch die Gesetze der Konkurrenz wenden die Kapitalisten fortwährend neue Produktionsverfahren an, um die Lohnkosten herabzusetzen und billiger zu produzieren als die Konkurrenten. Die Einführung solcher Verfahren — wie wir es oben für die japanische Autoindustrie beschrieben haben — bringt den betreffenden Kapitalisten jedoch stets nur vorübergehende Vorteile. **Denn die Konkurrenten müssen, wenn sie überleben wollen, ebenso diese Verfahren einführen, und sie werden ihrerseits versuchen, wieder neue Techniken zu entwickeln, über die die anderen noch nicht verfügen.**

Genau in diesem Stadium befindet sich gegenwärtig die internationale Autoindustrie. Die westdeutschen Monopole etwa, die in den vergangenen Jahren Milliardengewinne eingestrichen haben, legen für dieses Jahr ein gewaltiges Investitionsprogramm auf, das 9,5 Milliarden Mark umfaßt. Ähnlich — nur in größeren Dimensionen — ist es auch in den USA: Die „Großen Drei" (GM, Ford, Chrysler) haben für die nächsten Jahre ein 100-Milliarden-Dollar-Programm entwickelt.

Und investiert wird dabei auf dem von den japanischen Multis vorgezeichneten Weg: Das Ziel ist die weitgehende Automatisierung der Produktion, die Senkung der Lohnkosten durch einen bislang nicht gekannten Rationalisierungsfeldzug. Man kann jetzt schon die verheerenden Folgen dieser Entwicklung für die Autoarbeiter absehen. Wenn Daimler-Boß Reuter heute von einer Gefahr für Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der europäischen Autoindustrie spricht, dann kann man ihm nur recht geben. **Allerdings sind es nicht „die Japaner", auf deren Konto dieser Angriff geht. Es sind konkret die jetzt von den westdeutschen und europäischen Bossen in Gang gesetzten Rationalisierungen und letztlich die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Profitsystems selbst, die unzählige Kollegen um Arbeit und Verdienst bringen werden.**

## Psychologische Kriegsführung

Die jetzt breit anlaufende Anti-Japaner-Hysterie wird von den Bossen und ihren Handlangern dabei sozusagen als psychologische Kriegsführung eingesetzt, um ihre Angriffe gegen die Werktätigen abzudecken. Und wenn Figuren vom Schlage des Grafen Lambsdorff heute immer wieder damit hausieren gehen, die japanischen Arbeiter würden schneller, billiger und länger arbeiten als ihre deutschen Kollegen, dann kann man unschwer erkennen, wohin der Hase läuft. Hier sollen nicht nur die durch verstärkte Automatisierung hervorgerufenen Massenentlassungen propagandistisch vorbereitet werden. Hier wird auch unverhohlen eine weitere verschärfte Arbeitshetze gefordert; hier wird auch dem Front gemacht gegen den notwendigen Kampf der Autoarbeiter für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne.

Wenn man dann noch die Fernsehsendungen oder Zeitungsartikel verfolgt, in denen vom „Oyabun-Kobun" dem System der japanischen Betriebsführung geschwärmt wird, in dem angeblich eine vollständige Harmonie zwischen oben und unten besteht, dann weiß man, wovon die Bosse hierzulande träumen, wie sie sich die Perspektive für ihre eigenen Werke vorstellen. Und ein solches System war den deutschen Arbeitern unter dem Namen „Volksgemeinschaft" ja schon einmal zwölf Jahre lang aufgezwungen.

Was ist also dran an dem Geschrei über „die Japaner", das jetzt allerorten angestimmt wird? Es handelt sich um einen Kampf zwischen den kapitalistischen Ausbeutern um die Märkte, um die Sicherung und Erweiterung ihrer Profite. Und diesen Kampf wollen die westdeutschen Kapitalisten **auf unsere Kosten** für sich entscheiden: durch Automatisierung der Produktion in großem Stil, durch Verschärfung des Arbeitstempos, durch Abbau der Reallöhne. **Die Werktätigen in der westdeutschen Autoindustrie dürfen sich also nicht vor den anti-japanischen Karren spannen lassen. Sie müssen die Angriffe „ihrer" Kapitalisten zurückschlagen; genauso wie die japanischen Kollegen ihrerseits für die Verbesserung der Lebensbedingungen gegen die Bosse von Toyota oder Honda kämpfen müssen.**

Im nächsten RM: Wie wirkt der Konkurrenzkampf der Automonopole auf die kapitalistische Weltwirtschaft? Wo liegen die Ursachen für die Krise der Autoindustrie?

### Faschistischer Terror des türkischen Regimes

# Gewerkschafter mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert

### Bericht eines Gewerkschaftssekretärs

**ANKARA.— Als vor vier Wochen das Stuttgarter Oberlandesgericht die Auslieferung des in der Türkei verfolgten Antifaschisten Levent Begen an das Terror-Regime von Ankara für rechtens erklärte (siehe RM 29/80), leugneten die Herren in den schwarzen Roben zynisch jeden „glaubwürdigen Anhalt für die Richtigkeit" der Behauptung, in der Türkei würde systematisch gefoltert.**

Tatsächlich jedoch handelt es sich bei den Foltervorwürfen um alles andere als um unbewiesene Behauptungen. Die systematische Folter ist vielmehr alltägliche barbarische Wirklichkeit in diesem NATO-Land, dessen Mörder, Henker und Folterknechte so großzügig von der Bonner Regierung unterstützt werden. Fakten und Fotos über die Folter in der Türkei hat unter anderem auch der RM wiederholt veröffentlicht. Im folgenden drucken wir auszugsweise einen Bericht des Gewerkschaftssekretärs Nazif Kaleli von der „Genel-IS" ab.

Kaleli wurde am 28. März dieses Jahres ohne Angabe von Gründen verhaftet. Vier Tage lang gab man ihm nichts zu essen; dann wurde er mit verbundenen Augen in eines der Folterzentren der Militärpolizei verschleppt. In seinem Bericht, der jetzt in der Bundesrepublik bekannt wurde, sagt Nazif Kaleli dazu aus:

„Zwei kräftige Männer brachten mich in ein Zimmer und sagten nur: ‚Wir spielen mit Dir Tavla, aber wir bekamen den Befehl, daß Du immer eins und wir sechs würfeln...' Daraufhin haben sie angefangen, mich mit ihren Fäusten in den Magen, auf den Kopf und den Oberkörper zu schlagen. Anfangs versuchte ich mich zu wehren, auch mit Worten... Dann fiel ich auf den Boden. Einer von ihnen saß auf meinem Oberkörper. Ich fühlte, daß ein schweres Gewicht auf meinen Füßen lag. An meinen Armen aufgehängt wurde ich (...) nach oben gezogen. Ich versuchte, etwas dagegen zu unternehmen. Ich konnte mich nicht mehr drehen. Meine Beine hatten sie fest zusammengebunden. Dann haben sie mich stehend ans Kreuz gebunden. Nachdem sie meinen Kopf mit etwas eingerieben hatten, schlugen sie mehrmals mit dem Gummiknüppel darauf. Ich wurde halb bewußtlos am Kreuz. Plötzlich wurde ich bewegt, nach oben, in Richtung der Decke, mit Hilfe einer Spule.

**Nach einer Weile stand die Spule. Ich schwebte im Leeren. Lärmend stiegen sie auf irgend etwas, versuchten Kabel an meine Füße und Finger zu binden. Dann fingen sie mit Elektroschocks an. Das ging mit kurzen Unterbrechungen weiter. Während ich schrie, schimpften sie. Ich weiß nicht wie lange es gedauert hat. Ich glaube, daß es lange gedauert hat. Danach haben sie die Kabel gelöst und mich runtergeholt. Ich lag auf dem Kreuz. Diesmal haben sie meine Füße mit einem flüssigen Mittel eingerieben. Ich bekam es auf die Fußsohlen. Dann haben sie mich losgebunden.**

Meine Hände waren gefesselt. Jemand saß auf meinem Rücken. Ich mußte so laufen. Nach jedem Schritt fiel ich auf den Boden. Sie schlugen mich mit Stöcken. Ich mußte wieder aufstehen und weitermachen. Das ging vier bis fünf Mal so. Ich mußte mit schwerem Gewicht zehn bis zwölf Schritte laufen...

Dann wurde ich zur Vernehmung mitgenommen. Sie sagten zu mir: ‚Das war eine Folterung einfacher Art. Ein kleines Training zum Warmwerden für Dich. Es geht auch noch schlimmer.' Einerseits war ich seit Tagen todmüde, andererseits hatte ich Hunger und Durst, und dann die Folter: Trotzdem versuchte ich, mit besonderer Aufmerksamkeit auf den Beinen zu bleiben und auf alles aufzupassen, was geschah, damit ich nicht reingelegt würde. Ich versuchte unter diesen Umständen, alle ihre gezielt und geschult gestellten Fragen zu beantworten. Diese Vernehmung dauerte nicht so lange. Sie sagten zu den anderen: Weiter —. Diejenigen, die mich gefoltert hatten, nahmen noch ein paar Leute mit und brachten mich in einen anderen Raum. Sie haben mich wie vorher auf den Boden gelegt. Sie banden ein Seil an meine Beine. Ich wurde nach oben gezogen. Mein Kopf hing nach unten. Sie schlugen mich mit Stöcken und Sandsäcken. Dann holten sie mich runter. Sie machten meine Füße frei. Sie brachten mich in einen anderen Raum und warfen mich auf den Betonboden. Meine Hände waren gefesselt. Nach einigen Minuten fragte ich den Wärter, der neben mir war, nach der Uhrzeit. Es war 20.30 Uhr. Als sie bei mir mit der Folter angefangen hatten, war es 11.00 Uhr vormittags.

Daß ich die Folter hinter mir habe, stellte ich Samstag, den 5. April im Militärgefängnis fest. Gegen Abend des 4. April war ich bewußtlos ins Gefängnis gebracht worden."



Schmidt und Matthöfer finanzieren den türkischen Faschismus

Soweit der Bericht von Nazif Kaleli. Der Gewerkschaftssekretär liegt jetzt — mit Ketten gefesselt — in einem Gefängniskrankenhaus. Er teilt das Los unzähliger politischer Gefangener, mit denen das faschistische Regime die Kerker des Landes gefüllt hat. Kalelis erschütternder Bericht ist aber nicht nur eine Anklage gegen dieses Regime und seine Schergen, die in den Fußstapfen der Gestapo morden und foltern. Er ist zugleich auch eine Anklage gegen die Hintermänner der türkischen Faschisten, die in Washington und Bonn sitzen.

**Es muß immer wieder gesagt werden: Mit den umfangreichen Waffenlieferungen aus Bonn werden die Schlächter ausgerüstet, die schon Tausende unserer Klassenbrüder in der Türkei auf dem Gewissen haben. Die vom SPD-Minister Matthöfer organisierte Finanzhilfe für das Regime von Ankara bedeutet die Finanzierung von Polizeiterror, Folter und Massenmord. Der hier abgedruckte Bericht von Nazif Kaleli muß vor allem die Gewerkschaften in unserem Land auf den Plan rufen. Sie dürfen nicht hinnehmen, daß aus den Steuergeldern der westdeutschen Werktätigen die Unterdrückung und Zerschlagung der türkischen Gewerkschaften, die Folterung und Ermordung ihrer Funktionäre finanziert werden.**

### Neue Provokation Begins

# Israel annektiert Ostjerusalem

### Palästinensische Protestaktionen

**In der vergangenen Woche hat das israelische Parlament ein sogenanntes Jerusalem-Gesetz verabschiedet. Damit wird das 1967 eroberte und hauptsächlich von Arabern bewohnte Ostjerusalem zu einem Teil des israelischen Staatsgebietes erklärt. Weiter heißt es in dem Gesetz, daß ganz Jerusalem „auf ewig die Hauptstadt Israels" sein soll.**

Regierungschef Begin will diese neue schwere Provokation gegen das palästinensische Volk noch dadurch verschärfen, daß er seinen Amtssitz in den jetzt annektierten Ostteil Jerusalems verlegt. Es ist kein Zufall, daß Begin sein Gesetz unmittelbar nach der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung verabschieden ließ. Diese Vollversammlung, in deren Verlauf eine Woche lang das Palästina-Problem beraten wurde, hatte nämlich mit einer schweren Niederlage für die israelischen Zionisten geendet.

Mit der überwältigenden Mehrheit von 112 Stimmen (bei 7 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen) wurde eine Entschließung angenommen, in der Israel zum bedingungslosen Rückzug aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalems, aufgefordert wird. Mit dem Abzug soll bis zum 15. November begonnen werden. Die Entschließung billigt dem palästinensischen Volk das Recht auf die Gründung eines souveränen Staates zu. Das Ergebnis der Abstimmung in der UNO zeigte eindrucksvoll, wie sehr das israelische Regime auf internationaler Ebene isoliert ist. Selbst die Vertreter der EG-Länder stimmten nicht — wie es von den USA verlangt worden war — gegen die Resolution, sondern enthielten sich der Stimme.

Die provokative Verabschiedung des Jerusalem-Gesetzes durch das Begin-Regime macht jedoch einmal mehr deutlich, daß die israelischen Zionisten nicht im Traum daran denken, sich den Beschlüssen der UNO zu beugen. Sie setzen vielmehr ihren anti-palästinensischen Kurs ungerührt fort. Sie betreiben weiter die Ansiedlung bewaffneter Banden in den 1967 besetzten Gebieten, um diese Gebiete zu „judaisieren" und schließlich ebenso wie jetzt Ostjerusalem dem israelischen Staatsgebiet zuzuschlagen. Im Rahmen ihrer Besatzungspolitik verschärfen sie auch die Unterdrückung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten immer mehr. So wurde etwa in der vergangenen Woche das berüchtigte Terror-Gesetz dahingehend geändert, daß nun auch das Hissen der palästinensischen Fahne und das Singen von palästinensischen Freiheitsliedern als terroristische Aktionen gewertet und entsprechend hart bestraft werden.

Trotz der Verschärfung des Terrors gelingt es dem Begin-Regime jedoch nicht, den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterdrücken. Ein deutliches Zeichen dafür ist der jetzt schon mehr als drei Wochen andauernde Hungerstreik in mehreren isarelischen Gefängnissen. Mehr als 300 gefangene palästinensische Patrioten beteiligen sich an dieser gegen die Folter und die barbarische Behandlung in den Gefängnissen gerichteten Aktion. Zwei Gefangene im Nafha-Gefängnis in der Negev-Wüste sind dabei von den Zionisten umgebracht worden, indem ihnen bei einer Zwangsernährung flüssige Speise in die Lungen gepumpt wurden.

Die Verabschiedung des Jerusalem-Gesetzes hat überall in den besetzten Gebieten Massendemonstrationen ausgelöst. Begins Provokation trägt unweigerlich zu einer Verstärkung des gerechten Kampfes der palästinensischen Massen führen.



Olympia ohne uns

BILD ehrt die wahren Olympia-Sieger

Die Spiele, das Frauen und Ehen zerstört

Olympia: Russen betrügen im Speerwerfen (S. 4)

Sowjetische Regisseure manipulierten TV-Übertragung

So hat Moskau die ganze Welt

Tierquälerei bei c

Das hält kein Pferd aus „besch

Kleines Mädchen, böser Bär

Mit Trauerflor zur Sieger-Eh

Kubas Stevenson: Drittes Gold und dritte Liebe

Russen pfeifen den anderen die Medaillen weg

Größter Olympia-Skandal

Russen stahlen

2× Gold, Moskau Nadia

Olympia-Schlagzeilen aus der „Bild"-Zeitung.

## Olympia-Berichterstattung: Das hält kein Pferd aus

**„Tierquälerei bei der Military in Moskau — Das hält kein Pferd aus" — mit dieser Schlagzeile überschrieb die „Bild"-Zeitung ihre Olympia-Berichterstattung vom 28. Juli. „Berichterstattung" ist zuviel gesagt: Es ist ein Geifer, ein unflätiges Geschimpfe, ein von Rassismus und nationalistischer Überheblichkeit geprägtes Geschrei; es ist die böse Zunge der Boykotteure, die sich vor aller Welt isoliert und bloßgestellt haben und nun darüber wütend sind.**

Die „Bild"-Zeitung ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Die übrigen westdeutschen Medien, ob Presse, Rundfunk oder Fernsehen, so seriös sie sich auch geben, unterscheiden sich von der „Bild"-Zeitung in Sachen Olympia-Boykott oftmals nicht einmal im Ton. Die offizielle westdeutsche Olympia-Berichterstattung „hält kein Pferd aus".

Drei Hauptcharakteristika lassen sich an der Berichterstattung ausmachen:

Erstens ist die Olympia-Berichterstattung bis auf ein lächerliches Minimum reduziert. Noch am 3. August widmete etwa das Hetzblatt „Bild am Sonntag" der Moskauer Olympiade ganze eineinhalb Seiten, während die Fußball-Bundesliga, die noch gar nicht angefangen hat(!), auf über 8 Seiten dokumentiert wurde. Das Fernsehen berichtete zunächst ganze 15 Minuten lang täglich über die Olympiade, dieses größte Sportereignis des Jahres; erst als die Proteste und der Unmut der Bevölkerung immer lauter wurden, wurde die Berichterstattung klammheimlich verlängert. —Gleichschaltung der Massenmedien kannte man in dieser Deutlichkeit bisher nur aus dem Ostblock oder den faschistischen Ländern; anhand der Olympia-Berichterstattung wird klar, wie abhängig die Medien und Mediengewaltigen von den Entscheidungen der politisch Mächtigen in diesem Lande sind. Nicht genug, daß uns die Bonner Politiker in das Cartersche Boykottabenteuer hineinmanövriert und hineingezwungen haben; nun folgt dem Sportboykott der Nachrichtenboykott; nach den Sportlern wird das westdeutsche Sportpublikum von den Olympischen Spielen faktisch ausgeschlossen; die Ereignisse werde ihm vorenthalten, die Nachrichten frisiert, die Meldungen entstellt. Hetzpropaganda statt Information!

Und dies ist das zweite Charakteristikum der Berichterstattung. Die westdeutschen Medien suchen dem Bundesbürger ein entstelltes, falsches und verlogenes Bild von der Moskauer Olympiade zu vermitteln. Da die Spiele Wettkämpfe von hoher sportlicher Qualität liefern, bleibt den westdeutschen Schmierjournalisten nur noch die Möglichkeit, an ihren Fingern zu saugen, Nebensächlichkeiten zu Skandalen und Katastrophen aufzubauschen und zu lügen. „Russe holt Gold mit Pistole", schrieb die „Bild"-Zeitung wohl in der Absicht, die Assoziation zu erzeugen, in Moskau würden Medaillen mit Brachialgewalt erpreßt. Hintergrund der Schlagzeile ist, daß ein Sowjetbürger in der olympischen Disziplin Pistolenschießen die Goldmedaille errang.

Die übelste Erscheinung des westdeutschen Boykottjournalismus aber sind drittens die chauvinistischen und rassistischen Töne, mit denen die Berichte und Kommentare aufgeladen werden, in der „Bild"-Zeitung ebenso wie im Zweiten Deutschen Fernsehen. Gerade in der Sowjetunion hätte es Journalisten aus der Bundesrepublik, diesem Rechtsnachfolgestaat des Dritten Reiches, angestanden, sich anders zu verhalten. Sie aber nehmen die Olympischen Spiele, denen der Gedanke der Völkerverständigung zugrundeliegt, als Anlaß zu einer wahren Orgie an nationalistischer Überheblichkeit. Die Tatsache, daß an den Spielen mehr Mannschaften aus Asien, Afrika und Lateinamerika teilnahmen als je zuvor, ist ihnen Anlaß zu Spott; sie machen sich über die „unterentwickelten Hinterherssprinter" lustig. Unterentwickelt ist tatsächlich im Spiel — aber auf seiten der westdeutschen Journalisten. Sie sind über das biologische Denken der Nazis noch nicht hinausgekommen.

Kaltes-Kriegs-Denken stand am Anfang des Olympia-Boykotts, mit rassistischer Hetze geht es weiter. Gleichschaltung der Medien, Zensur, Lüge, Hetze — das sind die Früchte des Carterschen Boykotts, in denen die westdeutschen Politiker den westdeutschen Sport gehetzt haben. Herr Schmidt, wir haben von Ihrem Boykott und seinen Folgen die Schnauze restlos voll!

### System der Beobachtung

„Überhaupt dieses System der Beobachtung. Am Anfang lehnt man sich dagegen auf, protestiert, findet den irren Aufwand manchmal gar lustig. Doch nach vier Wochen stellt man an sich selbst Veränderungen fest. Gedankenlos wirft man auf der Straße ein Stückchen Papier weg, dann der Schreck, der ängstliche Blick nach Uniformierten. Es könnte ja verboten sein, was man da macht. (...) Ein teuflisches System, das sich langsam seine Opfer erschleicht. Ich will nach Hause." *„Bild am Sonntag" vom 3. August 1980*

•

„Einige Journalisten sind darüber unzufrieden, daß in Moskau zum Schutz derer, die zu denOlympischen Spielen gekommen sind, sehr strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. (...) Damit aber keine Mißverständnisse entstehen, muß ich sagen, daß alle Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf Sportler, Journalisten, Touristen und Gäste der Olympiade auf Bitte des Internationalen Olympischen Komitees getroffen werden und werden." *Masaji Kiyokawa, Vizepräsident des IOC, gegenüber APN.*



**Ausschnitt aus der Mumienparade hinter dem Sarg Reza Pahlewis: Farah Diba, Richard Nixon, Anwar el Sadat (in Marschalluniform).**

### Hinter dem Sarg des Schahs:

## Mumienparade

Die Gesellschaft, die den verblichenen Schah Reza Pahlewi zur Kairoer El-Rifai-Moschee geleitete, war die glänzendste nicht: ein über die eigenen Gaunereien gestürzter amerikanischer Präsident; ein abgedankter griechischer König, der sich zu Hause nicht mehr blicken lassen darf; Präsident Sadat, der Judas des Nahen Ostens, und schließlich die Frau und Komplizin des Verblichenen selbst, das alternde Gesicht tiefverschleiert: Mumienparade im Land der Pyramiden, Sphinxe und Mumien.

Ja, und ein paar Botschafter waren es noch, die dem Sarg folgten, die Botschafter der Länder, deren Regierungen dem flüchtigen Massenmörder noch bis in den Tod die Treue hielten: USA, Frankreich, Britannien, Israel und China. — Dazu jede Menge Gorillas im Trauerzug, Sicherheitsbeamte, Polizisten, Bewaffnete. Auch den letzten Auftritt des Schah umgab die gewohnte Szenerie.

Von dem Glanz des Pfauenthrons, zu dem einst die Herrscher und ihre Abgesandten pilgerten, ist auch das letzte Lämpchen verblaßt. Der kaiserliche Henker, so viel er auch mordete und quälte, hat seine Auftraggeber und Geschäftsfreunde nicht zufriedengestellt. Einmal ins Exil verjagt, hielten ihn seine einstigen Freunde sich auf Distanz. An seinem Kadaver hat keiner mehr Interesse.

## Karikatur der Woche




**Aus: Frankfurter Rundschau, 2. August 1980**

## Tips

Sonntag, 10. August, 20.15 Uhr, West-Nord-Hessen III

**Ein gutes Leben.** Dokumentarfilm, USA 1971. — Der Film ist ein Porträt des Bluessängers und Farmers Mance Lipscomb (geb. 1895). Regisseur Les Blank begleitete ihn sieben Tage lang bei der Landarbeit und während des Feierabends, der meist erst nachts beginnt. In dieser kurzen Zeitspanne entstand der Film.

•

Montag, 11. August, 20.15 Uhr, ARD

**Abschied vom Frieden.** 1. Teil eines vierteiligen Spielfilms (DDR) nach dem gleichnamigen Roman von F.C. Weiskopf. — In seinem Roman „Abschied vom Frieden" (der wiederum nur erster Teil einer Romantrilogie ist) schildert Weiskopf den Zerfall des alten Österreich, das Hineintaumeln der Donaumonarchie in den Ersten Weltkrieg.

•

Montag, 11. August, 21.15 Uhr, ARD

**Die Feuerbombenmenschen.** — Dokumentarfilm über einige Überlebende der Atombombenkatastrophe von Hiroshima.

•

Mittwoch, 13. August, 21.00 Uhr, West-Nord-Hessen III

**Kurt Tucholsky** ...Gegen alles, was stockt und träge ist... Aus dem Programm der „Kurt-Tucholsky-Initiative Berlin" anläßlich des 90. Geburtstages des Dichters am 9. Januar 1980. — Bei den musikalischen Beiträgen der Sendung stehen neben „klassischen" Tucholsky-Vertonungen Hanns Eislers neue Kompositionen des Berliners Jürgen Knieper, der auch einige noch unveröffentlichte Texte bearbeitet hat.

•

Donnerstag, 14. August, 21.40 Uhr, West-Nord-Hessen III

**Wir machen unsere Filme selbst.** — Politische Filmarbeit im Deutschland der zwanziger Jahre. — Deutsche und russische Amateure drehten 1927 in dem damals neuen 16-mm-Schmalfilmformat in China „Das Dokument von Shanghai", das den Kampf gegen die Kolonialmächte festhielt. Deutsche Arbeiterfotografen ließen sich von dem Streifen zu eigener Filmarbeit anregen. Die Sendung bingt u.a. Ausschnitte aus dem Shanghai-Film und Aufnahmen vom Blut-Mai 1929 in Berlin.

### Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

**Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.**

**ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN,** 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**SEKTION WESTBERLIN**, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.